

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsteil Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgeld.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 10/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
**Telephon** 3721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwere Satz und höhere Tarife. — Der Vertrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Eine Zolltarifdebatte im preussischen Landtage.

Leipzig, 17. Januar.

Unser Berliner Landtagsberichterstatter schreibt uns: Das Abgeordnetenhaus begann gestern die Beratung des Staatshaushalts. Zwei Fragen sind es namentlich, die im Vordergrund des Interesses stehen und erklärlicherweise von fast allen Rednern mehr oder weniger eingehend besprochen werden: die vorläufig in den Ortus verfertigte Kanalvorlage und der Zolltarif. Mit dem Zolltarif dürfte sich das Abgeordnetenhaus von Rechts wegen überhaupt nicht befassen, aber die Junkergesellschaft betrachtet es nun einmal als ihr angestammtes Recht, sich in die Angelegenheiten des Reichstages einzumischen, während sie einem Reichstagsabgeordneten, der es wagt, im Reichstage über preussische Angelegenheiten zu reden, für einen anmaßenden Kerl hält. Leicht erklärlich! Die Zustände in Preußen sind so jammervoll, daß die maßgebenden Faktoren die Kritik scheuen; andererseits brauchen die Junker im Landtage aus ihrem Herzen keine Mördergrube zu machen. Hier sind sie ungestört und können reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Ihre innersten Geheimnisse enthüllen sie hier, mag es sich um einen neuen Knebelungsversuch der Arbeiterklasse oder um einen neuen Raub- und Beutezug handeln.

Gleich der erste Staatsredner, Abg. v. Seydebrand (kons.) suchte nach Abfindung des üblichen Klagesiedes über die Not der Landwirtschaft die Regierung um weitere Zollerhöhungen anzufordern. Die Sätze des neuen Tarifs genügt ihm nicht. Zugleich verlangt er, daß die Regierung gegen diejenigen, die eine gründliche Beratung des Entwurfs in der Kommission anstreben, aufs schärfste vorgeht, eventuell sogar die Handelsverträge kündigt. Wir müssen gestehen, daß wir der Regierung eine solche Thorheit nicht zutrauen; wenigstens würden wir es nicht öffentlich sagen.

Wie aus der Erwiderung des Finanzministers hervorgeht, ist die Regierung unter Umständen für weitere Zollerhöhungen zu haben. Selbstverständlich, meinte Freiherr v. Rheinbaben, werde Preußen mit allem Nachdruck für das Eintreten, was die verbündeten Regierungen vorgeschlagen haben; aber darüber, ob sie weiteren Erhöhungen zustimmen werde, könne er keine bestimmte Erklärung abgeben. Jedoch warne er vor dem Versuch, die Regierung weiter zu drängen, da dadurch der ganze Zolltarif gefährdet werde.

Von großer Angst und Sorge um das Zustandekommen des Zolltarifs ist Abg. Fritzen vom Centrum erfüllt, dessen Rede im übrigen ebenso wenig etwas Bemerkenswertes

bot, wie die des Nationalliberalen Noelle. Erst dem Abg. Richter (freis. Vp.) gelang es, der Debatte einen höheren Schwung zu verleihen. In seiner bekannten factastisch-witzigen Weise sagte er den Ministern allerhand kleine Bosheiten, um sodann wegen ihrer schwankenden Haltung in der Kanalvorlage mit der Regierung abzurechnen. Mit Recht warf er dem Ministerpräsidenten vor, daß er nicht energisch genug für die Kanalvorlage eingetreten sei, und daß er das Abgeordnetenhaus nicht aufgelöst habe. Auch seiner Verwunderung darüber, daß trotz der Entlassung von drei Ministern, die die frühere Kanalvorlage zu vertreten hatten, doch in dieser Session die Vorlage nicht von neuem eingebracht sei, gab Abg. Richter in für das Ministerium nicht gerade schmeichelhafter Weise Ausdruck.

Graf Bülow suchte sich über die Vorwürfe des freisinnigen Redners durch einige wichtig sein sollende Bemerkungen hinwegzusetzen und zog sich im übrigen auf die Verfassung zurück. Nach der Verfassung habe der König die Minister zu ernennen und zu entlassen; ob und wann eine Vorlage wieder eingebracht werden, ob sie zurückgezogen werden, ob das Haus aufgelöst werden solle, das sei lediglich Sache des Königs. Ganz recht, wenigstens von formellen Standpunkt aus, aber durch solche Gemeinplätze wird doch kein Aufschluß über die Politik der Regierung gegeben. Verantwortlich sind dem Landtage die Minister; das steht auch in der Verfassung, und das Volk, das an den Regierungsgeschäften lebhaften Anteil nimmt und die Mittel dafür aufbringt, hat doch wohl ein Recht, Klarheit zu verlangen. Wenn Graf Bülow am Schluß seiner Ausführungen das Wiedereintreten der Kanalvorlage, allerdings vorläufiger Weise ohne Angabe des Termins, prophezeite, so mag er ja selbst in diesem Augenblick von der Wahrheit seiner Worte überzeugt gewesen sein; er vergißt nur, daß gerade in Bezug auf den Kanal selbst Prophezeiungen Mächtiger an dem unheugamen Willen des preussischen Junkertums zu scheitern geworden sind. Will Graf Bülow wirklich den Kanal, so muß er gegen die Junker regieren, aber wenn irgend etwas, so hat seine heutige Rede bewiesen, daß er das auf keinen Fall wagt. Im Gegenteil, er fühlt sich nur noch als gehoramer Vasall der Junker und nebenbei vielleicht auch des Königs, und sucht zwischen beiden zu vermitteln. In der Kanalfrage hat er den Junkern bereits nachgegeben, und in der Zollfrage wird er es über kurz oder lang thun, wenn er sich auch vorläufig noch sträubt.

Bei der hohen Bedeutung, die jede Rundgebung der Regierung zu der Zollvorlage beansprucht, geben wir denjenigen Teil der Rede des Grafen Bülow, der sich auf die Zölle bezieht, im Wortlaut wieder:

Es ist auch die Frage des Zolltarifs berührt worden. Hier auf Einzelheiten einzugehen ist mir nicht möglich, denn wenn dies

hohe Haus nicht wünscht, daß Einzelheiten dieses Hauses von der Tribüne des Reichstages erörtert werden, so wird es andererseits auch der Ansicht sein, daß Reichstagsangelegenheiten hier nicht erörtert werden dürfen. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß auf dem Standpunkt, den der Herr Finanzminister eben vertreten hat, die ganze königliche Staatsregierung steht. Lassen Sie mich noch ein Wort hinzufügen: Ich bin ein aufrichtiger, ein warmer Freund der Landwirtschaft, deren Bedeutung für Monarchie und Reich, deren wirtschaftliche nicht nur, sondern auch politische Bedeutung ich ebenso gut kenne und würdige, wie irgend einer der Herren in diesem Hause, aber als Leiter unserer großen Politik muß ich auf eins hinweisen: Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, wie hoch ich den Wert der Landwirtschaft stelle und wie gern ich bereit bin, der Landwirtschaft hilfreiche Hand zu reichen, aber nur bis zu der Grenze, welche durch die allgemeine Volkswirtschaft geboten wird. Eine extrem-agrarische Politik würde nach Ansicht der Regierung dem Wohlstand des Landes ebenso schaden wie eine einseitige Handelspolitik, eine rein freihändlerische Politik. Eine solche einseitige Wirtschaftspolitik kann die Regierung nicht machen. Für die Regierung kann nur das Gesamtinteresse des Landes maßgebend sein. Deshalb hat die Regierung vorgeschlagen eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle. Wir werden unter die von uns vorgeschlagenen Minimalzölle nicht heruntergehen, aber auch auf übertriebene Forderungen können die verbündeten Regierungen nicht eingehen. Ein verstärkter Zollschutz für die Landwirtschaft ist nur soweit erreichbar, als er vereinbar ist mit den Lebensbedingungen der anderen großen Zweige unseres wirtschaftlichen Erwerbslebens. Und darum richte ich an alle Freunde des Schutzes der nationalen Arbeit, an alle Freunde jeder verständigen Heimatspolitik, an der wir uns nicht irre machen lassen werden, das bringen die Erfolge, sich in ihren Bestrebungen, sich in ihren Aktionen zu halten innerhalb der Grenzen der Möglichkeit und Billigkeit. Die mittlere Linie richtet sich nicht gegen berechnete Bestrebungen der Landwirtschaft, sondern nur gegen übertriebene, und ich darf wohl sagen, unvorsichtige Forderungen, mit denen dem Wohl der Landwirtschaft nicht gedient ist.

Es ist also noch Aussicht vorhanden, daß der so gefügige Graf auch in der Zollfrage vor den preussischen Junkern kapituliert, vorausgesetzt, daß ihm nicht die Arbeiterklasse einen Strich durch die Rechnung macht. Daß das geschehen könnte, befürchtet insbesondere der letzte Redner des heutigen Tages, Freiherr v. Jedlitz (Reichsp.), der resigniert die Parteifäden ergriff, sich mit den vorgeschlagenen Zollsätzen zu begnügen, da ein Sperling in der Hand besser sei, als die Taube auf dem Dache. Vorausgesetzt, daß man den Sperling hat. Das ist aber bis jetzt noch nicht der Fall, und es wird dem Kanalarbellen Jedlitz auch nichts nützen, daß er den Zusammenschluß aller „pflichtbewußten, staats-erhaltenden Elemente“ gegen die „Obstruktion“ in der Kanalkommission fordert. Er selbst hat ja diese Art der „Obstruktion“ in der Kanalvorlage so erfolgreich betrieben. Warum sollen nicht die Gegner von ihm lernen? Und das um so mehr, als er den Zollgegnern heute eine wertvolle Waffe durch seine Bemerkung lieferte, daß es Ehrenpflicht sei, nach einem Ausgleich für die Mehrbelastung zu suchen, die den ärmeren Klassen aus der Zollerhöhung erwächst. Mag Freiherr v. Jedlitz sehen, wie er die Vorwürfe er-

## Seuilleton.

### Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Damit soll jedoch durchaus nicht gesagt sein, daß er müßig umherging und die Zeit totschlug. Keineswegs! Er war vom frühen Morgen bis zum späten Abend in Thätigkeit. Er half seinem Vater in der Mühle und auf dem Felde, fuhr Futter für das Vieh ein und im Herbst Korn in die Mieten und Scheuern.

Aber seine liebste Beschäftigung war es doch, mit Großvater Thomsen umherzugehen. Sie machten sich an den Gebäuden und im Garten zu schaffen. Sie weißten und malten, schrubbten, hackten, pflanzten und beschuitten. Die Häuser schimmerten zu dieser Zeit wie frischgewaschene Tischwäsche. Und auch nicht ein Grassbüschel wuchs zwischen den Pflastersteinen des Hofes. Keine Unkrautpflanze war auf den Beeten oder in den Gartensteigen zu erblicken. Flog ein Strohalm aus einer Miete auf den Weg, so wurde er vorsichtig wieder zurückgeföhrt. Und führte sich ein Huhn impassend auf einer Wagen-deichsel auf, so war Emanuel sofort mit einem Tuch da, um dem Schaden abzuhelfen.

Die beiden, der Junge und der Greis, waren den lieben, langen Tag in Thätigkeit. Und des Abends verfertigten sie Pappschalen und schnitzten Rahmen. Ober Manuel las aus seinen „Geschichtsbüchern“ aus der Schule vor.

Dann starb der Alte. Er bekam Lungenentzündung. Und nach Verlauf von zwei Tagen erlosch er wie ein Licht. Er wurde auf dem Kirchhof des Städtchens begraben, wo auch seine Frau lag. Und ein prunkendes Sandsteinmonument wurde auf dem Grabe errichtet. Das war in den guten Zeiten. Aber gottlob war auf dem Stein noch Platz für die Namen Manuels und seiner beiden Eltern!

Nach dem Tode des Großvaters übernahm der Knabe alle Arbeit, die zur Erhaltung der Gebäude und des Gartens erforderlich war. Das war ihm ins Blut übergegangen. „Der Hof“ mußte zierlich und nett aussehen. Das hatte er gethan, so lange er im Besitz der Familie gewesen war! Und er weißte und malte wie ehedem und hackte und schrubbte. Und die Alexe und Keise des Großvaters, und die Tische aus den Mühlsteinen und das Taufbecken scheuerte und wusch er, und die kunstvollen Naturtische hielt er in stand. Er hatte keine Zeit mehr, sich um die Arbeit in der Mühle und auf dem Felde zu kümmern, verlor beinahe alles Interesse für diesen Teil der Wirtschaft. Und dann: Das konnten ja der Vater und der alte Mortensen besorgen! Bedurfte aber Mutter Karen einer Handreichung im Hause bei den großen Scheuerfesten im Frühling und Herbst, da war Manuel sofort mit Buglappen und Petroleum zur Stelle und half die alten Mahagonimöbel polieren, bis ihre Ecken und Kanten wie Diamanten strahlten, wenn die Sonne durch die blanken Fensterscheiben fiel.

Madame Thomsen nickte in ihrem Stuhl und ließ die Hände mit der Näharbeit in den Schoß sinken: „Ja, ja, flink mit den Fingern war Manuel immer gewesen! — Aber ein Versehen vom lieben Gott war es doch wohl, daß er den Jungen nicht zu einem Mädchen

gemacht hatte; denn dann hätte sie ja vielleicht etwas mehr Macht über ihn gehabt, und hätte in den Jahren, als Lars kränkelte und bettlägerig war, den Verfall etwas mehr aufhalten können. — — Ach ja, Ach ja! — — Aber Manuel wollte ja immer regieren. Er konnte es nicht ertragen, daß Fremde sich um das Geschäft kümmerten. Und der Vater, der so ein Kammerbild geworden war, ließ ihn gewähren! — — Aber nie im Leben hätte sie es geglaubt, daß der Junge den Abschied vom Gehöft je verbinden würde! Er saß leichenblau dort auf dem Stuhl und rührte sich nicht vom Fleck und sprach kein Wort. Sie hatte für alles sorgen müssen, hatte reden, unterschreiben und die Papiere hervorholen müssen. — — Und, Gott im Himmel, ja, in der Nacht hatte sie ihn liegen und sich im Bett winden und stöhnen und jammern hören, so daß ihr ganz bange wurde, ihn auch noch zu verlieren. — — Und dann, als er mit der Kacke und dem Hahn angeschleppt kam und die Tiere durchaus mitnehmen wollte, als sie umzogen! — — Ach ja, es war nicht leicht für sie gewesen in den Tagen; nein, leicht war es nicht gewesen!

Mutter Karen senfte tief auf und starrte mit ihren klaren, blauen Augen in die leere Luft. — — Aber Gott der Allmächtige hatte doch in seiner Weisheit alles gut und wohl eingerichtet. Lob und Preis dafür! Sie saßen in ihrem kleinen Hause und hatten Essen und Feuerung genug. Und sie sehnte sich nach keiner Veränderung! — — Aber, — ja, Gott vergelte ihr die Sünde! — Manuel hatte ihr eigentlich besser gefallen so wie er war, als sie in die Stadt gezogen waren. Da konnte sie ihn hegen und pflegen, und er war so dankbar für alles gewesen, was sie gethan hatte. — — Aber jetzt er die „Effenbarung“ gehabt hatte, wie er den



tragen wird, die ihm die Wangenheime, Dertel und andere Bundesführer wegen dieser zwar wahren, aber unvorsichtigen Zugeständnisse zweifelsohne machen werden. Das Wort ist nun einmal dem Gehege seiner Zähne entflohen; wir nageln es fest und werden es gegen ihn und seinesgleichen mit Erfolg anwenden.

### Politische Uebersicht.

Rufe Britannia!

Die Wiedereröffnung des Parlaments trifft das offizielle Großbritannien zufriedener und einmütiger als je zuvor. Wer je geglaubt hat, daß die öffentlichen Angriffe auf die Politik der Regierung während der halbjährigen parlamentarischen Zeit im In- und Auslande diese ernstlich erschüttert haben könnte, der kannte weder die zähe Eigenart der englischen Rasse noch die wirtschaftlichen Lebensbedingungen des britischen Weltreichs. Regierung und Parlament überroffen die Spießbürger des Kontinents, die bereits einen Kabinettswechsel, wenn nicht gar den völligen Zusammenbruch der englischen Welt Herrschaft erwarteten, durch eine sichere, einhellige Entschlossenheit, gegen die sich selbst die loyalen Parlamentsopposition nur Neuland und verlegen hervortrat. Wenn man bisher den Krieg in Südafrika als das Machwerk einiger Dugend Minenaktionbesitzer und Börsenspekulanten bezeichnet hat, so kann nach der gestrigen Parlamentsberatung, die sich zu einer ausgeprägten parlamentarischen Demonstration gestaltete, nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß die gesamte staatliche Autorität von England, der König, die Regierung und die beiden Häuser des Parlaments, in geschlossener Phalanx diese Politik der Spekulation mit ihrer eigenen Verantwortlichkeit decken. Man kann hinfür nicht mehr von Herrn Cecil Rhodes und seiner Bande, nicht einmal mehr von Chamberlain und Milner als den bösen Geistern der englischen Eroberungspolitik sprechen; man muß die Thatsache anerkennen, daß das gesamte offizielle England sich solidarisch für die Grundzüge des Imperialismus, wie sie jüngst noch Herr Chamberlain in einer öffentlichen Rede proklamiert hat, festgelegt hat.

Inhaltlich ist die Thronrede herzlich unbedeutender englischer „Gaut“; aber die Thatsache, daß diese prächtige Litanei von dem glücklicheren Gang der Operationen, von der Einschränkung des Kriegsschauplatzes, von der Humanität, welche angeblich die englischen Soldaten zu ihrem eigenen Schaden in der Behandlung des Feindes üben, von dem ganzen Parlament feierlich und widerspruchslos als bare Münze entgegengenommen und damit als offizielle Wahrheit in Zahlung gegeben wird, ist um so bedeutungsvoller. Entgegen dem sonst eingehaltene Gebrauch, Thronreden schweigend entgegenzunehmen, wurde die Stelle, welche die Humanität der Truppen feierte, sogar von lauten Weisfall des Parlaments unterbrochen. Die Oruel in den Konzentrationslagern, die Scheußlichkeiten der britischen Soldaten gegen die gefangenen Burenführer, kurz, alle die Barbaren des Rassenkrieges, werden von der Thronrede als britische „Humanität“ gebührt, und das Parlament sanktioniert diese Lebensäußerung echt britischen Christentums durch geschäftsordnungswidrigen Weisfall. Sonst ist die Thronrede eine wenig interessante geschäftsmäßige Aufzählung der Ereignisse des vergangenen halben Jahres.

Das Oberhaus bewährte seine traditionelle Meisterschaft im Arrangement politischer Spektakelstücke. Die Scharlachroben der Pairs und die kunstvollen Toiletten der dito Gemahlinnen gaben zusammen mit den diplomatischen und militärischen Uniformen ein papageienhaft buntes Bild, in dessen Mitte der König der Garderobe, der die Bekleidungsindustrie zu einer wirklichen Kunst zu vollenden den Ehrgeiz hat, Eduard VII., in Marschalluniform und Hofenbandorden thronte. Die Beratung der Adressenbedarfe ergab einige interessante Momente. Die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republiken wurde von der Pairskammer wie von Lord Salisbury als eine Unmöglichkeit erklärt, und letzterer hüllte sich in Bezug auf die Bedingungen des Friedensschlusses in tiefes unlichtliches Dunkel. Die Buren seien die Angreifer; wenn sie kommen, um Frieden zu erbitten, werde sich über die Bedingungen reden lassen. Bis dahin sei das eine missige Frage, deren Beantwortung überhaupt Bedenken habe. Nur Lord Rosebery riskierte einen schäblichsten Hinweis auf die feindselige Gesinnung des Auslands und die Gefahren der „splendid isolation“.

Nach noch loyalere war die Stimmung im Unterhaus. Dort schenkte man sogar nicht vor einem kleinen Verfassungsbruch zurück, um seinen Patriotismus zu betätigen. Der Sprecher

erklärte, er werde prinzipiell beantragen, die Wahl des jüngst gewählten Parlamentsmitgliedes Lynch als eines „notorischen Rebellen“ dadurch zu annullieren, daß man ihn nicht zur Eidesleistung zulasse. Diese parlamentarische Vergewaltigung wurde auf den ministeriellen Banken eifrig beklatscht, und ein Versuch, die Gefangenschaft des Mitglieders O'Keely als Prinzipienfrage aufzuwerfen, wurde vom Sprecher verhindert. Der Führer der Liberalen, Campbell-Bannerman, der jüngst so großmütige Reden gehalten, murmelte einige schläfrige Bemerkungen, „er wolle unter den obwaltenden Umständen die Frage des südafrikanischen Krieges nicht erschöpfend behandeln“, und kündigte einen Untertrag zur Adresse an den König an. Eine derartige Haltung der Liberalen konnte Herrn Chamberlain ganz gewiß nicht imponieren, und der Staatssekretär Balfour kündigte an, daß die Regierung entschlossen sei, die Buren zu unterwerfen und ihr Land zu annektieren. Das wählte man schon zur Zeit von Jamesons Einfall.

Nach vor zwei Jahren, als der südafrikanische Krieg eben begonnen hatte, konnte die Idee des britischen Imperialismus als die Privatpekulation der Cecil Rhodes und Konsorten gelten, und man begnügte sich damit, Herrn Chamberlain als deren Agenten im Kabinett zu denunzieren. Jetzt hat Herr Chamberlain die Fahne des Imperialismus vor aller Welt aufgefängt, und das ganze offizielle England hat sich solidarisch um diese Fahne geschart. Herr Chamberlain spielt jetzt nicht mehr sein eigenes Spiel oder das seiner Börsenfreunde; ganz England, Eduard VII. voran, hat auf seine Karte gesetzt, und der Einsatz ist das britische Imperium. Rufe Britannia! Eduard VII. überseht es mit: Va banque!

### Zwei Wahlreden.

Aus Paris wird uns vom 15. Januar geschrieben: Die von Waldeck-Rousseau und Millerand gehaltenen Tischreden verfolgen, jede auf ihre Weise, den gleichen Zweck — im Beginn des Wahlkampfes die Stellung der Redner vor dem Lande beziehungsweise vor ihrer Parteirichtung zu präzisieren.

Und siehe da! Der Ministerpräsident hat nichts weiter zu bieten als eine Verherrlichung seiner 2 1/2-jährigen Regierung. Seine Silbe, die einem Wahlprogramm gewidmet wäre! Nur ein taktischer Appell an die Disziplin der Republikaner, um aus den Neuwahlen eine republikanische Mehrheit hervorgehen zu lassen, die von jenseitigen „verdächtigen Gönnerchaften“ frei wäre. Was aber diese „fongentrierte“, aber doch ungenügende Mehrheit zu thun haben wird, davon schweigt des Redners Diplomatie oder Skeptizismus. Mit Recht wird daher Waldeck-Rousseau als Redner als ein „politisches Testament“ bezeichnet: das altersmüde Ministerium scheint bestimmt mit dem Tode zu rechnen, welches auch der Ausgang der Neuwahlen sein mag. Für das Programm der neuen Mehrheit sollen also die Nachfolger sorgen.

Im Gegensatz zur Rede des Ministerpräsidenten, an der das Verschwiegene am interessantesten ist, interessiert Millerands Rede durch das von ihm ausgesprochene. Es ist eine regelrechte theoretische Begründung eines ganz eigenartigen „Sozialismus“, dem der Begriff des Klassenkampfes und was daraus folgt völlig fremd ist. Demgegenüber klingt es wie unfeinwillige Ironie, wenn Millerand seine Verehrerschaft erklärt, sich jederzeit den „Entscheidungen der sozialistischen Partei“ zu fügen. Hat er es doch an dieser Verehrerschaft fehlen lassen schon seit dem Pariser Internationalen Kongress, der allerdings indirekt, aber deutlich genug sein Verbleiben im Ministerium mißbilligt hat. Und selbst der Rhoner Kongress hat ja erklärt, daß Millerand „in keinem Augenblick den Sozialismus in der Regierung vertreten hat“. Nicht minder bezeichnend ist ferner, daß die schlimmen Erfahrungen seiner Ministerchaft ganz wirkungslos an Millerands „Sozialismus“ abgeprallt sind. Alles das, was bürgerliche Linksradikale, wie Belletan und Clemenceau, dem Ministerium als einen Verrat an der Demokratie, an der bürgerlichen Demokratie, vorwerfen, nimmt Millerand namens seines „Sozialismus“ ruhig in den Kauf! ... Danach ist nicht zu verwundern, daß ihn die neuliche herbe Kritik seines früheren Freundes, des sozialistischen Abgeordneten Viviani, der ihn bereits mit „Ser“ anredet, ganz fall läßt, oder vielmehr ihn nur dazu mit angepornt hat, sein zähes Verbleiben im Ministerium durch theoretisch-taktische Erwägungen zu rechtfertigen.

Nichts macht so blind gegen die handgreiflichsten Thatsachen, wie eine falsche Doktrin. Daraus allein ist zu erklären, daß Jaurès die letzten Reden von Waldeck-Rousseau und Millerand in überaus günstigem Lichte sieht. Der erstere soll nach Jaurès gezeigt haben, daß er nicht daran denke, seine Linksmehrheit durch eine „zweideutige“, teils aus „reinen Ministern“ bestehende Mehrheit zu ersetzen. Gewiß redet Waldeck-Rousseau sehr nach links, aber seine reaktionären Sandlungen haben ja nichtsdestoweniger einen Teil der Ministern „reutig“ gemacht. Millerand aber soll nach Jaurès noch niemals sich als Minister so „deutlich“ zum Sozialismus bekannt haben, wie in seiner letzten Rede: „Am Vorabend der Neuwahlen legt er Zeugnis ab für die Grundzüge und die Aktion unserer Partei. Er verkündigt, daß unser Ziel darin besteht, „alle Bürger durch ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Eigentum mit der ökonomischen Macht auszustatten, ohne welche es keine Freiheit giebt“. „Das heißt ja wohl sich zum Kollektivismus bekennen“, so schreibt Jaurès in der Petite République. „Um mag es ja sehr nett seitens Millerands sein, daß er am Ende seiner ministeriellen Laufbahn (und selbstverständlich mit der Erlaubnis des Ministerpräsidenten, wenn auch in dessen Abwesenheit!) und am Vorabend einer Wahlkampagne sich so „deutlich“, wenn auch in sehr vorsichtiger Form, des „gesellschaftlichen Eigentums“ entonnen hat. Wenn er aber in der gleichen Rede des Klassenkampfes so gründlich vergißt, daß ihm die „sozialistische Partei“ nur noch zu einem Bestandteil der „republikanischen Partei“ herabsinkt, mit der sie in einem fort die „schweren gouvernementalen Verantwortlichkeiten“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu teilen hat, — wo bleibt dann der Sozialismus, wie ihn die internationale Sozialdemokratie versteht? ...

Für die inneren Verhältnisse des französischen Sozialismus bedeutet Millerands Rede und besonders deren Billigung durch Jaurès eine Vertiefung der Luft, die die beiden sozialistischen Lager trennt, wenn nämlich der Kongress zu Tours sich nicht dazu aufrafft, rückwärtslos mit dem verbürgerlichten Auch-Sozialismus zu brechen.

### Deutsches Reich.

Parlamentärricht.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 15. Januar. Im Reichstag wurde heute zum so und soviellen Male die Frage einer Reform der Militärpensionsgesetzgebung beraten. Den äußeren Anlaß bot eine Interpellation des nationalliberalen Abg. Grafen Oriola, die den Reichskanzler fragte, ob eine entsprechende Vorlage noch in dieser Session an den Reichstag kommen werde und wenn das nicht der Fall sein sollte, welches die Gründe der Verzögerung wären. Der Reichschatzsekretär beantwortete die Interpellation, nachdem sie Graf Oriola weißschweifig begründet hatte. Herr v. Thielmann ist kein Freund von vielen Reden. Diesmal sprach er aber besonders kurz und was er sagte, war dazu noch nicht einmal ganz richtig. Der Schatzsekretär, der dem Interpellanten erwidert hatte, daß die Reformvorlage noch nicht fertig sei, daß vielmehr noch Erwägungen innerhalb der einzelnen Ressorts über sie stattfänden, wurde nämlich von dem Vertreter des Kriegsministeriums arg desavouiert. Der Generalmajor v. Tippelskirch pläbte mit der Erklärung heraus, daß die Reform im Kriegsministerium bereits fertig gestellt sei, daß sie aber zum Beweisen des Kriegsministers aus finanziellen Gründen nicht habe vorgelegt werden können.

In der Besprechung gingen fast alle Redner auf diesen unfälligen Gegensatz zwischen Kriegsministerium und Reichschatzamt ein. Während die Militärverwaltung selbst von unserem Genossen Singer gelobt wurde, bekam der Schatzsekretär selbst von der Rechten unangenehme Dinge zu hören. Er suchte sich nachträglich durch die Erklärung zu verteidigen, daß der im Kriegsministerium fertig gestellte Entwurf im Marine- und im Kolonialamt, die an der Pensionsreform gleichfalls interessiert sind, noch nicht durchberaten wäre.

Allseitig herrschte Uebereinstimmung, daß mit allen parlamentarischen Mitteln der äußerste Druck auf das starrköpfige Reichsfinanzamt ausgeübt werden müsse. Man sprach wieder wie gestern davon, daß die notwendigen Summen selbständig in das Etatsgesetz eingelegt werden müßten, eine Erweiterung des Budgetrechtes des Parlaments, der auch von den rechts stehenden Parteien nicht mehr mit der alten Schärfe entgegengetreten wird.

Traum von seinem Vater nannte, war er so kurz angebunden und männlich geworden, daß es ganz schrecklich war! Ja es kam sogar vor, daß er sie hart anließ und donnerwetterte, wenn sie nicht sofort ja zu all den sonderbaren Dingen sagte, die er vorbrachte! — Es war natürlich schön, daß er sich so heraus gemacht hatte, er war ja jetzt beinahe ein ganzer Stiel geworden! Aber sie hatte sich den Männern ja immer unterordnen müssen, zu Hause und in der Schule, und dann, als sie sich verheiratet hatte, da wäre es am Ende gar nicht so übel gewesen, wenn sie auch einmal an das Muder gekommen wäre! — Und dann war Manuel so geizig geworden! Sie mußte Nechenschaft von jedem Ende zwien ablegen, daß sie im Laden verkaufte. Und ebenso kurz hielt er sie auch was das Hausstandsgeld betraf! — Aber klug war er geworden, das mußte sie zugeben! Auf alle erdenkliche Weise konnte er Geld verdienen; und wie er arbeiten konnte! Er mußte wohl bald eine ganze Million in seinem Bankbuch haben, so wie er diese letzten fünfzehn Jahre zusammengepart hatte! —

Karen Thomsen seufzte von neuem, und ihre Augen nahmen einen traurigen Ausdruck an:

— Wenn der Junge dabei an seine alten Tage und an die ihren dachte, dann würde sie ja kein Wort darüber verlieren, sondern ihm nur danken und ihn loben, weil er zusammenhielt und sparte! Aber der Mühlenhof spunkte ihm ja im Kopf! Es war förmlich zur fixen Idee bei ihm geworden, daß er den Mühlenhof zurückhaben müsse! — Ach ja, ach ja! — Und wenn er ihn nun auch wirklich betäme! Wenn er nun auch so viel zusammengepart hatte, daß er ihn, wenn es so weit war, wieder kaufen konnte. — Es ging doch niemals an! Wie im Leben ging es an! Das war genau so, als wollte er sein Geld in den Mühlenhof werfen! Es ganz einfach zum

Manuel konnte nicht mit der Wirtschaft fertig werden, er war nicht danach angethan, wie klug er sonst auch war. Es würde mit einem Krach enden! Und dann würden sie ihnen das Gehöft nur zum zweitenmal wegnehmen. —

Jedesmal, wenn Mutter Karen in ihren Gedanken so weit gekommen war, kroch sie in ihrem Lehnstuhl zusammen und schauderte wie vor Kälte, wenn sie der Zukunft gedachte. Und sie faltete die Hände und betete so flehentlich zum lieben Gott, daß er doch Manuel's Vater veranlassen möge, dem Jungen zu sagen, daß die ganze Sache mit dem Gehöft nur Thorheit sei, — nichts als Kummer und Unglück und Elend und Herzleid!

Und als es so schien, als wenn der liebe Gott sie nicht erhören wollte, da hatte sie selber ganz sanft und still versucht, den Sohn zur Vernunft zu bringen.

Aber er war ganz rasend geworden! Er war in der Stube herumgehüpft und gesprungen, hatte mit dem langen Arm um sich geschlagen und war seitwärts umhergelaufen, hatte laut geschrien und ihr gedroht!

Und da war dann Madame Thomsen tief in ihren Stuhl hineingekrochen und hatte nur gesagt:

„Nun ja, Manuel! Nun ja, mein Junge! Du verstehst Dich ja besser darauf! Du verstehst Dich ja besser darauf!“ Und während der letzten Jahre hatte sie fast ganz über die Sache geschwiegen, war scheinbar auf den Gedankenangang des Sohnes eingegangen und hatte ihm treulich beigegeben, wenn er in seiner Phantasie alles da draußen auf dem allmählich mehr und mehr verfallenen Familienbesitz ordnete und einrichtete.

Und während die Zeit verging und Manuel in Wirklichkeit nichts zu unternehmen schien, um seinen Plan in Bezug auf das Gehöft zu verwirklichen, stieg in ihrem Innern eine schwache Hoffnung auf, daß das Ganze nur

eine Phantasie, eine Einbildung von seiner Seite sei. Er scharrte das Geld nur zusammen, weil es ihm nun einmal ein Vergnügen geworden war. Und der Mühlenhof diente ihm nur als Vorwand, damit sie ihn gewähren lassen sollte.

Sie war ja selber von Bauernart und kannte die angeborene Verschlagenheit der Rasse, sobald es sich um Geld handelte.

Sie ihrerseits legte ja auch allwöchentlich fünfzehn bis zwanzig Dore vom Wirtschaftsgeld beiseite.

Die Damen des Städtchens hatten eine große Vorliebe für Karen Thomsens Laden. Er bligte von Keilichkeit, und die Madame selber war so nett, ja geradezu „süß“, und in ihrem Wesen so angenehm und gebildet.

Zuweilen baten sie wohl, ob sie nicht ein wenig in die Stube gehen und ihre amüsanten Sachen und die alten, sonderbaren Möbel ansehen dürften.

„Was für ein Bild ist denn das da?“ fragten sie regelmäßig und zeigten auf das Squarell über dem Sekretär.

„Aber mein Gott, das ist ja das Gehöft!“ sagte Karen.

„Das Gehöft — —? Ach so, — der Mühlenhof da draußen?“

„Ja!“

„Ist es wahr, daß Ihr Sohn die Absicht hat, ihn wieder zu kaufen?“ (Karen machte eine verneinende Bewegung mit der Hand.) „Ja, es heißt aber doch so!“ (Karen verneinte noch eifriger.) „Man sagt, er spare Geld zusammen, um den väterlichen Besitz zurückzukaufen zu können!“

„Hi hi!“ lachte Madame Thomsen und schüttelte energisch den weißen Kopf. (Fortsetzung folgt.)



Weiter reichte der Frieden unter den Parteien allerdings nicht. Ueber die Deckungsfrage geriet man sich in die Saare und während Singer eine Reichselkommensteuer auf die an der Erhaltung des Militarismus hauptsächlich interessierten Besitzenden vorschlug, und die Freisinnigen auf die phantastische Weltpolitik, die Flottenbewilligungen und auf die Erhöhung des Pensionats durch die Verabschiedung hoher Offiziere hinwies, forderte der brave Dertel die rasche Bewilligung des Zolltarifs, damit der Reichskasse die notwendigen Mittel zufließen. Im Grunde glaubt er selbst nicht daran, daß sein Wunsch rasch erfüllt werden wird. Er hat heftige Angst, daß der Tarif überhaupt nicht zu Stande kommt und daß der Kampf um den Brotwucher die parlamentarische Maschine zum Stillstehen bringen wird.

Die Besprechung der Interpellation füllte den ganzen Tag aus. Morgen und übermorgen wird unsere Interpellation über die Arbeitslosigkeit verhandelt werden, zu der schon zahlreiche Wortmeldungen vorliegen. Den Standpunkt unserer Fraktion werden Zubeil und Hoch vertreten.

**Aus der Zolltarifkommission.**

Die Verhandlungen der Zolltarifkommission haben bis jetzt einen recht erfreulichen Fortgang genommen. Die verhältnismäßig kleine Minderheit, die den Brotwucher mit jedem geschäftsbewirtschaftlich zulässigen Mittel zu hindern entschlossen ist, hat sehr geschickt operiert, so daß die Mehrheit schon jetzt in das Stadium gefinder Verzweiflung geraten ist. Es fehlt ihr sicherlich nicht an brutaler Entschlossenheit und in Herru v. Kardorff, dem Gründer der Landhütte und dem Commis Reichröder, hat sie sich einen Vorsitzenden gegeben, der ganz dazu geschaffen ist, die Auspöterung der Volksmassen bis auf die nackte Haut in die richtigen Wege zu leiten. Aber das unfaulere Ding will nicht recht vom Fleck, denn man steht vor der peinlichen Wahl, entweder der Opposition freies Wort zu gestatten oder mit eigener Hand das Zügelgebäude zu zertrümmern, das dem Brotwucher Dach und Fach gewährt soll.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen, so haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission den Antrag gestellt, daß die Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes von mehr als hundert Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche für die Dauer der Getreidezölle verpflichtet sein sollen, für jeden Hektar ihres Besitzes das Zehnfache des auf den Doppelcentner Weizen gezahlten Zolls in die deutsche Reichskasse zu zahlen. Selbstverständlich ist dieser Antrag von sozialdemokratischer Seite kein Prinzipal, sondern nur ein Eventualantrag, für den Fall, daß der Reichstag wirklich Getreidezölle bewilligen sollte. Aber unter dieser Voraussetzung — was kann die Mehrheit der Zolltarifkommission gegen ihn einwenden? Sie wagt ja selbst nicht zu behaupten, daß die Getreidezölle notwendig seien, um den Reichsten der Reichen noch ungeheure Summen auf Kosten der Armen in die Tasche zu spielen; nach ihrer eigenen Behauptung sind die Getreidezölle nur notwendig, um den kleinen Grundbesitz vor dem Untergang zu schützen. Was kann sie also dawider haben, daß die Großgrundbesitzer die gewaltigen Summen, die ihnen durch die Getreidezölle in den Schoß geworfen werden, wieder herauszahlen? Sicherlich gar nichts, vorausgesetzt, daß es ihr wirklich nur um den läudlichen Kleinbesitz zu thun ist.

Budem hatte die sozialdemokratische Forderung schon ihr Vorbild in einer ultramontanen Forderung. Bekanntlich will das Centrum, um seinen schmächtlichen Unfall zu Gunsten des Brotwuchers zu beschönigen, den Ertrag der Getreidezölle für die Reichskasse zur Einrichtung einer Witwen- und Waisenversorgung verwenden. Wie ehrlich oder wie unehrlich diese Forderung gemeint sein mag, im Prinzip erkennt sie an, daß die Getreidezölle die proletarische Bevölkerung ungebührlich belasten, und daß hier ausgleichende Gegenmaßregeln getroffen werden müssen. Ebenso wie der ultramontane, will der sozialdemokratische Antrag die soziale Ungerechtigkeit der Getreidezölle halbwegs ausgleichen und er ist sogar weisender, als der ultramontane Antrag, denn er verlangt gar nicht einmal, daß die vom Großgrundbesitz herauszunehmende Summe für die Arbeiterklasse verwendet, sondern einfach in die deutsche Reichskasse gezahlt werden solle.

Gleichwohl war es gerade der ultramontane Abgeordnete Heim, der sich nicht zu lassen wußte über die „Freiheit“, womit der Genosse Stadlger in ebenso ausführlicher, wie überzeugender Rede den sozialdemokratischen Antrag begründet hatte. Es war charakteristisch, daß gerade derjenige reaktionäre Parteimitglied, der das Murren ihrer proletarischen Wähler über den Brotwucher mit einem problematischen Amoson beschwichtigen will, bei der ersten Antastung des Großgrundbesitzers sofort die Schatzkammer öffnete und ihr Volksgeld zeigte. Außer seinen Schimpfereien hatte Herr Heim natürlich nichts gegen den sozialdemokratischen Antrag auszubieten. Mit dem einzigen, sozusagen sachlichen Grunde, den er vorbrachte, schlug er sich selbst ins Gesicht. Er meinte, vom Standpunkte der Kultur wäre es bedauerlich, wenn es keinen Großgrundbesitz gäbe, denn was die Großgrundbesitzer zur Hebung landwirtschaftlicher Kultur aufwenden können, das könne der Kleingrundbesitzer nicht aufwenden. Dies ist der Grund, aus dem in allen Fibern der bürgerlichen Oekonomie die sozialpolitische Gemeinwohlbedürftigkeit des Landbesitzes beschränkt wird. Aber was besagt dieser Grund anderes, als daß der läudliche Großgrundbesitzer ein reicher und der Kleingrundbesitzer ein armer Mann ist? Was sagt er also anderes, als die „Freiheit“ des sozialdemokratischen Antrags auch sagt?

Mit solchen „Widerlegungen“ müssen sich aber die Brotwucherer aufhalten, wenn nicht der Gründer Kardorff und seine Gleichgesinnten, so doch diejenigen dieser Volksfeinde, die eine gewisse Rücksicht auf die Massen zu nehmen gezwungen sind. Sie gewinnen dadurch nicht viel, aber sie müssen doch wenigstens versuchen, als ob sie „Gründe“ hätten, mögen diese „Gründe“ auch noch wohlfeiler sein als Brombeeren. Im Bewußtsein dieser erhebenden „Gründe“ wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die vier sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Es war ein anderes Charakteristikum dieser Debatte, daß sich auch die freisinnigen Gegner des Zolltarifs unter der Mehrheit befanden. Sie sind Gegner des Brotwuchers, weil er die Grundrente steigert und den Kapitalprofit senkt, aber wird er einmal eingeführt, so darf die Rente des Großgrundbesitzes so wenig gekürzt werden, wie irgend eine andere Rente. Denn heilig ist das Eigentum!

\* Berlin, 17. Januar. Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung mehrere Beschlüsse gefaßt, darunter den Entwurf eines Gesetzes über gewerbliche Kinderarbeit den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ausschüssen trägt die freie Einfuhr von Eisenabfällen inländischen Ursprungs

aus den Schiffswerften der deutschen Zollausflußgebiete, betr. den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften und betr. den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Eichorfenabriken und den zur Herstellung von Eichorie dienenden Werkstätten mit Motorenbetrieb wurde die Zustimmung erteilt. — Im Reichstage haben Arendt und Genossen den Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch einen Nachtragsetz zum Reichshaushaltsetz für das Rechnungsjahr 1901 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen. — Zur Brennsteuer wird seitens der Agrarier, wie die Frankfurter Zeitung erfährt, ein Initiativantrag vorbereitet. Man denkt an eine vom 1. April ab in Kraft tretende Staffelsteuer, die bei einer Produktion von 300 bis 500 Hektoliter 2 Mark betragen soll und bis zu einer Produktion von 1300 Hektoliter in Stufen von 200 Hektoliter, und von da ab in Stufen von 100 Hektoliter, um 50 Pfg. steigen soll. Eine differentielle Behandlung von gewerblichen und landwirtschaftlichen Brennereien würde dabei, als unnützig, nicht stattfinden und das Gesetz rückwirkende Kraft erhalten. Die Rückwirkung soll erst am 1. Oktober in Kraft treten. Ueber diesen Plan dürften sich die Agrarier im stillen geeinigt haben und sich um die Unterstützung des Centrums bemühen.

Zur Brennsteuer wird seitens der Agrarier, wie die Frankfurter Zeitung erfährt, ein Initiativantrag vorbereitet. Man denkt an eine vom 1. April ab in Kraft tretende Staffelsteuer, die bei einer Produktion von 300 bis 500 Hektoliter 2 Mark betragen soll und bis zu einer Produktion von 1300 Hektoliter in Stufen von 200 Hektoliter, und von da ab in Stufen von 100 Hektoliter, um 50 Pfg. steigen soll. Eine differentielle Behandlung von gewerblichen und landwirtschaftlichen Brennereien würde dabei, als unnützig, nicht stattfinden und das Gesetz rückwirkende Kraft erhalten. Die Rückwirkung soll erst am 1. Oktober in Kraft treten. Ueber diesen Plan dürften sich die Agrarier im stillen geeinigt haben und sich um die Unterstützung des Centrums bemühen.

Den Staatsreich um den Brotwucher kündigen die Leipziger Neuesten Nachrichten in ihrem heutigen Leitartikel an. Nach einer Besprechung der Vorgänge in der Zolltarifkommission heißt es da: Man muß die öffentliche Aufmerksamkeit frühzeitig auf diese Vorgänge lenken, denn sie können sich nach mehr als einer Richtung hin folgerichtig entwickeln. Gelangt es der Ostruktion in der That, die Verabschiedung des Tarifs zu hintertreiben, so bleibt der Regierung nur übrig, die bestehenden Verträge immer wieder fortlaufen zu lassen. Dann wird aber auch in den Parteien der Mehrheit eine tiefe und berechtigte Erbitterung erregt und im Lande wird das Verlangen erweckt werden, mit allen Mitteln eine Tyrannei der Minderheit zu durchbrechen. Dann steht nicht mehr und nicht weniger als die Existenz der Verfassung auf dem Spiele und ihre Totengräber werden dieselben Leute sein, die sich als die ehrlichen und braven Vorläufer des Parlamentarismus aufspielten. Und das ist der Humor davon.

Herr Liman schreibt aus lauter Angst um den Brotwuchertarif Ansturm. Daraus, daß die Verfassung nicht auf Spiel kommt, ist glücklicherweise noch das deutsche Volk da. Und den Stimmungsmachern des Verfassungsbruches würde eine Lektion zu teil werden, die ihnen ihren Humor gründlich vergehen ließe.

In der Budgetkommission des Reichstags wurden zunächst zu Schriftführern gewählt die Abgg. Will (Reichsp.), Graf Oriola (nat.-lib.), Eichhoff (freis. Vp.), Frhr. v. Thimfeld (Centr.). Die Wahl eines sozialdemokratischen Schriftführers wird abgelehnt. — Für die ostfälischen Schutzgebiete wird zum Referenten der Abg. Stadmann (Reichsp.), zum Korreferenten der Abg. Frese (freis. Vp.) bestimmt. — Alle auf die Organisation und das Personal des Militärkabinetts bezüglichen Forderungen werden bis zum Erscheinen des beim Kaiser zum Vortrag besetzten Kriegsministers ausgeführt, nachdem Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) die prinzipiell wichtige Frage aufgeworfen hat, in welchem Verhältnis jetzt das Militärkabinet zum Kriegsministerium stehe.

In Kap. 19 wird ein Generalmajor als Landwehrintendant gefordert. General v. Einern gibt eine ausführliche Begründung der Forderung unter Hinweis auf die Zunahme der Geschäfte. Nachdem Abg. Prinz Arenberg (Centr.) für, Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) gegen die Forderung gesprochen hat, wird dieselbe mit allen gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

In Kap. 20 Tit. 1 wird ein Generalmajor als Kommandant von Berlin verlangt. General v. Einern betont die Bedeutung der Repräsentationspflichten. Der Kaiser habe schon jetzt den Inhaber der Stelle trotz seiner Beförderung in eine höhere Stelle auf dem Posten gelassen. Derselbe beziehe aber nun noch die alten Kompetenzen. Das müsse anders werden.

Nachdem von mehreren Seiten die Dringlichkeit der Forderung bestritten ist, wird die Position einstimmig abgelehnt. In Kap. 122 Tit. 1 werden drei neue Generalstabsoffiziere, davon ein Generalmajor verlangt. General v. Einern begründet die Forderung, die Abgg. Prinz Arenberg (Centr.) und Graf Oriola (nat.-lib.) billen um Annahme derselben. Abg. Dr. Bachem (Centr.) betont, daß früher seitens des Generalstabs die Offiziere aus den fraglichen Stellen zurückgezogen worden seien. Demgegenüber bemerkt General v. Einern, der Umfang der Geschäfte in den Festungen Metz, Straßburg und Thorn sei derart gewachsen, daß die Forderung nun im Hinblick auf einen Kriegfall äußerst dringlich sei.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) verlangt Auskunft über das Verhältnis der Forderung zu den sonstigen neuen Festungsfragen. General v. Einern weist nach, daß zwischen beiden Materien keinerlei Zusammenhang bestehe. Nach weiteren Ausführungen des Generals v. Einern wird die Position mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Verhandlung über Kap. 23 Tit. 1 (Jugentcorps und Pioniercorps) wird vertagt bis zur Erledigung der Festungsfragen. Bei Kap. 24 Tit. 1 wird zunächst die Frage der Maschinen- und Artilleriegeschütze behandelt. General v. Einern führt aus, der Mechanismus dieser Waffe sei derart vollkommen, daß die früheren Vorurteile gegen dieselbe im Heere gänzlich geschwunden seien. Die Maschinen- und Artilleriegeschütze gelten jetzt auf Grund der Wanderversuchungen allgemein als überall verwendbare vortreffliche Kriegswaffen.

Da inzwischen Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erschienen ist, wird zurückgegriffen auf die Neuordnung von 350 000 Mk. (Kosten für besondere Zwecke. Geheimfonds.) Frhr. v. Richthofen und Kriegsminister v. Goltz machen vertrauliche Mitteilungen über die Verwendung des Geheimfonds. An der Diskussion beteiligen sich die Abgg. Prinz v. Arenberg (Centr.), Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.), Fürst zu Jun- u. Rapphausen (cons.), Müller-Pulda (Centr.) und Dr. Bachem (Centr.). Die Forderung wird mit 11 gegen 10 Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

nachdem ein Antrag Speck (Centr.) auf Herabsetzung der Summe auf 300 000 Mark abgelehnt war. Einer Fälschung der Thatfachen macht sich die offiziöse Berliner Korrespondenz schuldig, wenn sie der Polenlobby im preussischen Abgeordnetenhaus folgendes Nachwort schreibt: Die Vertreter des Polentums in Preußen werden gut thun, sich zu vergegenwärtigen, daß die preussische Staatsregierung seit entschlossen ist, bei der von ihr eingeschlagenen nationalen Politik in den Ostmarken mit Steifigkeit und Nachdruck zu beharren, und daß diese Politik dem einmütigen Empfinden aller Deutschen entspricht.

Man hat zwar seiner Zeit die Sozialdemokraten als eine Rolle, nicht wert den Namen Deutsche zu tragen, und viel früher noch das Centrum als reichsfeindlich bezeichnet. Trotzdem geht es nicht an, von einer Politik, die von den beiden größten Parteien des deutschen Reichs bekämpft wird, zu behaupten, sie entspreche dem einmütigen Empfinden aller Deutschen. Die offiziöse Presse scheint von der Voraussetzung auszugehen, daß nur der als „Deutscher“ zählt, der es immer mit der Regierung hält.

Gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden ist dem preussischen Landtage ein Gesetzentwurf zugegangen. Danach sollen die Landespolizeibehörden befugt sein, zur Verhinderung der Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden Reklameschilder und sonstige das Landschaftsbild verunstehende Aufschriften und Abbildungen außerhalb der geschlossenen Ortschaften zu verbieten. Der Entwurf richtet sich nach der Berliner Korrespondenz gegen die Unsitte, außerhalb der geschlossenen Ortschaften Reklameschilder und sonstige geschäftliche Anpreisungen in Schrift und Bild von möglichst auffällender Größe und in den schreiendsten, möglichst in die Augen fallenden Farben anzubringen. Insbesondere sei dieses auch in den landschaftlich schönsten und daher vom Fremdenverkehr am meisten berührten Gegenden der Monarchie der Fall, so namentlich im Rheinlande. Die Versuche, dem Uebelstande außerhalb der geschlossenen Ortschaften auf Grund des bestehenden Rechtes entgegenzutreten, sind gescheitert.

Die Erledigung der Affaire Spitz. Die kontinentale Pressekorrespondenz schreibt: Die Vorstände sämtlicher Bremischer Kriegervereine hielten eine Versammlung ab, in welcher der bekante Streit zwischen dem Bremischen Landeskriegerverband und dem Vorsitzenden des deutschen Kriegerbundes, General Spitz, zum Austrag kam. Der lange Jahre bestehende und sehr angesehene Bremer Kriegerverein, dessen Mitglieder ehemalige Husaren sind, und dessen Vorsitzender der Verfasser jener vielbesprochenen, bekanten Resolution ist, die seiner Zeit den Zwist zwischen dem Bremer Landeskriegerverband und dem General Spitz hervorrief, trat aus dem Verbande und damit auch aus dem deutschen Kriegerbund aus, da sein Vorstand die gewünschte entscheidende Erklärung nicht abgeben wollte. Alle anderen Vereine, auch diejenigen, welche bereits ihren Austritt beschlossen hatten, bleiben im Verbande. Damit dürfte diese Angelegenheit, die seiner Zeit in der Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat, endgültig abgethan sein.

General Spitz hatte bekanntlich in einer Scharfmacherrede die Bürgerchaft Bremens angegriffen und die Bremer Kriegervereine saßen daraufhin eine allgehorfamste Protestresolution gegen Spitz. Dieser kommandierte die übrige Kriegervereinsmannschaft zu einem patriotischen Entrüstungssturm, worauf den Vorständen der Bremer Kriegervereine das Herz in die Hofen fiel und sie sich entschuldigten, ohne erst ihre Mitglieder zu verständigen. Darüber entrüsteten sich nun die Mannschaften der Bremer Kriegervereine; aber die Entrüstung hatte kurze Gedärme; bis auf einen Kriegerverein wurde überall bald die Verfolgung hergestellt. Nur der oben genannte Bremer Husarenverein that nicht mit und stellte sich außerhalb des deutschen Kriegerbundes. Wie lange dieser Husarenmut vorhalten wird, wird noch abzuwarten sein.

Ein Landrat als Duellverbrecher. Aus Hannover wird vom 16. Januar gemeldet: Ein Rittmeister fand heute morgen zwischen dem dortigen Landrat v. Bennigsen und dem Pächter der Domäne Springe, Falkenhagen, Hatt. v. Bennigsen wurde, durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt, nach dem Heuriettenstift in Hannover verbracht. Das ist die Achtung vor dem Gesetz, zu dessen Wahrung Staatsanwälte, Richter und Landräte bestellt sind! Kleine politische Nachrichten. Minister v. Tölen ist erkrankt. Nach dem Berliner Lokalanzeiger soll sein Befinden zu Befürchtungen Anlaß geben. — Für den gegen Major a. D. Endell in der Täglichen Rundschau veröffentlichten Artikel hat, dem Posener Tageblatt zufolge, die Verantwortung der Kreisaußinspektor Dr. Keller in Wirsbaum übernommen. — In Peking arrierten drei japanische Soldaten eine österreichische Schildwache an. Ein japanischer Soldat wurde getötet, die Schildwache schwer verletzt.

Niederlande. Merikale Sittenverrohung. vl. Amsterdam, 15. Januar. In der niederländischen Provinz Nord-Brabant, wo die Bevölkerung fast ausschließlich katholisch ist, und wo, bei Wahlen, die katholischen Kandidaten fast immer ohne jeglichen Widerstand gewählt werden, herrscht eine Sittenverrohung, welche den Niederländern unheimlich zu werden anfängt. Fast keine Woche geht vorbei, daß nicht in dieser Provinz, die nicht mehr Einwohner zählt als die Stadt Amsterdam, Morde oder Raubthaten vorkommen. Jetzt wieder wurden in einer Schlägerei, bei Roosendaal, in der Nähe der belgischen Grenze, zwei junge Leute, Söhne einer Witwe, erstochen. In dem durch und durch merkmalen Reste Tilburg, wo im vorigen Jahre ein Luftworb an einem eifährigen Mädchen in einer Kirche verübt wurde, fallen jeden Sonntag Opfer des Messers. Wie ungünstig es in dieser Provinz mit der Kriminalität ausfällt, geht z. B. daraus hervor, daß im Jahre 1898 im Gerichtsbezirk Herzogenbusch, der die beiden katholischen Provinzen Nord-Brabant und Limburg umfaßt, die Kriminalität von allen Gerichtsbezirken die weitans größte war. Während die niederländische Bevölkerung nur zu 35 Proz. katholisch ist, ist die Bewohnerschaft der niederländischen Gefängnisse zu 47,4 Proz. katholisch. Und doch behauptet die Merikale Partei, daß sie allein den wahren Glauben und die wahre Sittlichkeit hat.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.



# Während unseres Räumungs-Verkaufes

empfehlen wir als hervorragend billig, soweit der Vorrat reicht:

- |  |   |  |
|--|---|--|
| Einen Posten<br><b>Damen-Hemden</b><br>mit handgestickter Passe, Stück Mk. 1.50.       | Einen Posten<br><b>Bade-Handtücher</b><br>schwere Qualität, Stück 45 u. 70 Pfg. | Einen Posten<br><b>Tändel-Schürzen</b><br>languettiert, waschecht, Stück 35 Pfg. |
| Einen Posten<br><b>Jaquard-Handtücher</b><br>solide Qualität, Dutzend von Mk. 4.50 an. | Einen Posten<br><b>Servietten</b><br>solide Qual., Dutzend von Mk. 3.20 an.     | Einen Posten<br><b>Piqué-Barchent</b><br>prachtvolle Ware, Meter 38 u. 48 Pfg.   |

# Steigerwald & Kaiser.

[460]

**Achtung!!** Der **Achtung!!**

## Schuhwaren-Konkurs-Ausverkauf

mit anderer Ware findet statt

**20 Nikolaistraße 20.**

Pa. Salon-Briketts, à Ctr. 65 Pfg.  
Oelsn. Knorpel-Kohle, à Ctr. Mk. 1.20

ab Lagerplatz, beides nur erstklassige Marken, verkauft, um die Abnehmer schnell abzunehmen ca. 200 Dopp.-Wag. bis auf Widerruf

**Albert Reimann, Kohlenhandlung**  
Leipzig-Neustadt, Auessere Tauchaer Str. 19.

## 300 fette Hafermastgänse

werden heute und morgen zu dem billigen Preis von 50-56 Pfa. das Pfund in der Markthalle und meinem Geschäftskol  
Eutritzsch, Delitzscher Str. 36, Ecke Oststrasse  
zum Verkauf gebracht.

**Barchent roh u. gebleicht**  
aus der Leipziger Baumwollweberei sowie sämtliche Baumwollartikel in nur besten Qualitäten zu bekannten Preisen.

**D. Klötzsch (früher M. verw. Weiske)**  
Kein Laden. L.-Lindenau Kein Laden.  
Nr. 31 Bismarckstrasse Nr. 31.

Frühgeschäftsene [432]

## Mast-Gänse 58 Pfa.

Robert Funke, Lindenau  
Ecke Gunderser u. Wettinerstr.

**Printa Mast-Gänse**  
Pfund 58 Pfa., empfiehlt  
Robert Höppner, Lind., Aurelienstr. 37.

## Billige Fleischpreise!

fr. Lammfleisch à Pfd. 50-60  
fr. Kalbfleisch à Pfd. von 55 an  
Frischfleisch-Schnitzel à Pfd. 100  
Speck, ger. à Pfd. 75, bei 5 Pfd. 70  
frisch " 70 " 65  
Schwarzfleisch à Pfd. 65-80  
Rindfleisch 50-65  
Markthalle, Stand 18 u. 19. G. Pfa.

## Grösstes und billigstes Herren-Moden-Haus

# Gebrüder Rockmann

Inhaber: **Gottfried Hühne.**

**Centrale:**  
**L.-Reudnitz**  
Dresdener Str. 75  
gegenüb. dem Reuln. Depot.

**Leipzig**  
Tauchaer Strasse  
dicht neben d. Krystallpalast.

### Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf!

**21**  
spottbillige Tage!

Filliale „Schönefeld“  
jeden Sonntag von 11 bis 2 Uhr geöffnet!

**Leipzig**  
Zeltzer Strasse 24a  
Ecke Sidonienstrasse  
(Inh.: Bruno Hildebrandt).

**L.-Plagwitz**  
Karl Heine-Strasse 30  
gegenüb. dem Felsenkeller.

**Schönefeld**  
Leipziger Strasse 127  
gegenüb. v. Berger & Wirth.

## Nie wiederkehrendes Angebot!

<b>Winterüberzieher</b> früher Mk. 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -27 jetzt " 8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -19	<b>Winterüberzieher</b> früher Mk. 28-45 jetzt " 20-33	<b>Sport-Paletots</b> früher Mk. 16-42 jetzt " 12-32
<b>Herren-Joppen</b> früher Mk. 5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -18 jetzt " 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -13	<b>Gehrock-Anzüge</b> früher Mk. 26-50 jetzt " 18-40	<b>Jackett-Anzüge</b> früher Mk. 14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -39 jetzt " 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -30
<b>Herrenbeinkleider</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -14 jetzt " 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -9	<b>Knaben-Anzüge</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -16 jetzt " 2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -11	<b>Knaben-Paletots</b> früher Mk. 4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -18 jetzt " 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> -12

**Achtung!**  
Unter der Hälfte des Wertes!  
Kragen-Mäntel f. Herren jetzt 9 Mk.  
Kragen-Mäntel f. Burschen " 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> "  
Kragen-Mäntel f. Schüler " 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> "  
Kragen-Mäntel f. Knaben " 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> "

Stimmen erhalten  
10 Prozent Rabatt.



Million-Uhren, Nickel 6.50  
Stilb. Herren-Remont.-Uhren 10.-  
Stilb. Damen-Remont.-Uhren 12.-  
Gold. Damen-Remont.-Uhren 19.-  
Regulat., 1/2 u. voll schlag. 15.-  
Moderne Wanduhren 20.-  
Wecker, gute Qualität 3.-  
sowie sein großes Goldwaren-  
lager als Broschen, Ringe, Arm-  
bänder, Ohrringe u. s. w.  
Spezialität: Goldene Trauringe  
von 4.- an  
Hörketten in größter Auswahl  
Lange Damenuhrenketten v. 4.50 an  
empfehlen [456]

## Gustav Kaniss

Uhren- und  
Goldwaren-Handlung  
6 Tauchaer Straße 6.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvögel.  
Käfige 20 Pfg., Doh. 2-60 Mk., hoch.,  
Sommerküb. 5 Pfd. 1.10 Mk., Str. 19 Mk.  
alle Sorten v. Vogelutten, ital. Goldfische  
10 Pfa. empv. Max Krafe, Poststr. 18.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
der Leipziger Volkszeitung  
\* \* \* G. Heinisch. \* \* \*

Noch ein kleiner Vorrat:  
**Arbeiter-Notiz-  
Kalender 1902.**  
Preis 60 Pfg.

Alle Austräger nehmen Bestellungen an.



(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Italien.

Die Crispi-Papere.

Die sozialistische Zeitung Propaganda in Neapel bezeichnet ein Gerücht, wonach aus dem Hause, in dem Crispi starb, während des Todeskampfes des Kranken zwei Wagenlasten unbekannter Gegenstände weggeführt wurden. Man munkelt von kompromittierenden Papieren, die auf diese Weise beiseite geschafft seien.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Waiseinschätzung von Gottes Gnaden.

Seit drei Jahren schmachtet in der Strafanstalt von Mollersdorf der ehemalige Oberleutnant Geza Mattachich (v. Reglewich), der Geliebte der Prinzessin Luise von Coburg. Mattachich ist in geheimem militärgerichtlichen Verfahren wegen Betrugs, begangen durch Wechselschätzung, zu sechs Jahren schweren Kerkers, Verlust des Adels und Kassation der Offizierschärpe verurteilt worden.

Man hat die Wiener Arbeiterzeitung genaue Kenntnis von dem Falle gewonnen, der schon seiner Zeit das größte Aufsehen erregt hat, und beginnt mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe, in der die Revision des Prozesses Mattachich verlangt wird.

Prinzessin Luise von Coburg ist eine Tochter des Königs von Belgien, Schwester der ehemaligen österreichischen Kronprinzessin-Witwe Stefanie (jetzigen Gräfin Lonyay) und Gemahlin des Prinzen Philipp von Sachsen-Coburg-Gotha, der in der österreichischen Armee den Rang eines Feldmarschalllieutenants bekleidet. Von dieser Prinzessin Luise, die durch ihre feibehaftige Verschwendungssucht und den jähen Wechsel ihrer Liebhaber bekannt war, wurden im Juni 1897 fünf Wechsel auf die Gesamtsumme von 575000 Gulden (fast eine Million Mark!) lautend, begeben. Diese Wechsel trugen die Unterschriften der Prinzessin Luise und der Kronprinzessin-Witwe Stefanie.

Am 9. Mai 1898 wurden in Ugram die Prinzessin Luise und ihr Geliebter verhaftet. Die Prinzessin wurde nach Döbling in eine Irrenanstalt gebracht, deren Leiter, Dr. Obersteiner, sie jedoch für geistig normal erklärte. Sie wurde nun in eine Heilanstalt in Putersdorf gebracht und von dem gerichtlichen Sachverständigen des Wiener Landesgerichts, Regierungsrat Hinterstößer, für schwachsinzig befunden.

Gegen Mattachich wurde nun die Anklage erhoben, die Wechsel gefälscht zu haben. Das I. und II. Garnisongericht erklärte ihn für schuldig, daß er auf vier Wechseln ddo. Pestburg, 15. Juni 1897 über 100000, 100000, 125000 und 150000 Gulden, dann auf zwei weiteren Wechseln ddo. Vudapest, 25. September 1897 über 100000 und 150000 Gulden die Unterschriften Ihrer I. und II. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Kronprinzessin-Witwe Erzherzogin Stefanie und der durchlauchtigsten Frau Ihrer I. Hoheit Herzogin Luise von Sachsen-Coburg und Gotha angefügt, hierdurch die die Echtheit der Unterschriften voraussetzenden Kommissionsgeschäftsinhaber Markus Spitzer und Friedrich Reichler in Verzug geführt und durch Ausstellung von auf das Wechselgeschäft bezüglichen Briefen mit der gefälschten Unterschrift Ihrer I. Hoheit Frau Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha veranlaßt hat, fünf dieser Wechsel mit 375000 Gulden, beziehungsweise mit 200000 Gulden zu belehnen, somit die- selben um diese Beträge geschädigt hat.

Die Sache kam auf Bitte des Verurteilten vor das I. und II. Militärtribunal als Revisionsinstanz und diese fällte nun das monstrosste Urteil: Der Angeklagte habe nicht die Unterschrift der Prinzessin Luise, sondern nur die ihrer Schwester gefälscht und habe die Kommissionsgeschäftsinhaber nicht geschädigt, sondern nur schädigen wollen. Im übrigen befand das Militärtribunal, es sei bei dem Urteil erster Instanz zu belassen.

Soweit die Mitteilungen der Arbeiterzeitung. Man wird ihr recht geben, wenn sie erklärt, daß die Fälschung der einen Unterschrift durch dieses mehr als sonderbare Verfahren nicht bewiesen worden ist. Aber sollte auch diese wirklich geschehen sein, so ist doch sicher, daß Mattachich nur ein Werkzeug der lebenswürdigen belgischen Königsstochter gewesen, daß er in ihrem Auftrag und in ihrem Interesse gehandelt hat. Und es wird sehr wahrscheinlich, daß die Unterschrift der Prinzessin Stefanie, wenn sie nicht echt ist, von Mattachich doch in gutem Glauben beigelegt wurde, da es sich um eine Schwester seiner Auftraggeberin handelte.

Mattachich ist ein Spielzeug in der Hand des Gottesgnadentums geworden. Vom Schlafzimmer der Prinzessin ging sein Weg ins Zuchthaus! Die Rigorosität mancher Fürstentümer, die geheime Feme des Militärgerichts, sie machen alle Kränkel des Colportageromans wahr.

Soziale Rundschau.

Folkswirtschaftliches.

Eine baldige Ermäßigung des Diskontsatzes seitens der Reichsbank ist infolge der Beugung der neuen Anleihen für das Reich und Preußen sehr wahrscheinlich. Dies wird auch durch die Lage der Reichsbank begünstigt, da letztere infolgedessen sich immer besser stellt, als einerseits der Metallbestand im Steigen begriffen ist und andererseits das Wechsel- wie das Lombardkonto sich sorgfältig vergrößern. Freilich wird auch auf den englischen Geldmarkt Rücksicht zu nehmen sein, dessen Diskontsatz immer noch verhältnismäßig hoch ist.

Die Krise und die Gerberel. Den vogtländischen Gerberel machen die Gerberel Norddeutschlands harte Konkurrenz. Diese norddeutschen Gerberel liegen infolgedessen sehr günstig, als sie sich an Hasenplagen oder in deren Nähe befinden und die für ihre Fabrikation notwendigen, sehr gerbstoffreichen überseischen Gerbstoffe beziehen, ohne Bahnfracht darauf zu haben, welche für den Binnenländer, wenn dieser mit überseischen Gerbstoffen arbeiten will, sehr ins Gewicht fällt, da man, um einen Centner Leder fertigzustellen, an Rohmaterialien, rohen Häuten und Gerbstoffen 4 bis 6 Centner braucht, während der an den Hasenplagen gelegene Gerber, wenn er sein Leder in das Inland schickt, nur für einen Centner Bahnfracht zu bezahlen hat. Im handwerksmäßigen Betriebe der Lohgerberel trat auch im Jahre 1901 keine Wendung zum Besseren ein, es sah sich vielmehr wieder zahlreiche, früher gutsituierte Gerberel zur Einstellung ihres Betriebes genötigt. Den Hauptpunkt dieser bedauerlichen Erscheinung erblicken die betroffenen Gerberel darin, daß die Zunahme der Großbetriebe und insbesondere derjenigen, welche den deutschen Markt mit minderwertigen, mit Quebracho gegerbten Leder überladen, den kleinen und mehr und mehr auch den mittleren Gerberel jede Konkurrenz unmöglich macht.

Dracht- und Nagel-Kartell in Amerika. Wie die Frankfurter Zeitung aus New York meldet, haben die Dracht- und Nagel-Produzenten ein Kartell abgeschlossen, welches die Preise derart reguliert, daß sich diese durchschnittlich einen Dollar pro Tonne höher stellen als im Dezember.

Sozialpolitisches.

Nationale Wirtschaftspolitik. Die Meldung aus Hamburg, alle bei den Staatsarbeiten beschäftigten Italiener seien entlassen, ist nach dem hamburgischen Korrespondenten dahin richtig zu stellen, daß die mit hamburgischen Staatsbauten beauftragten Unternehmer aufgefordert sind, möglichst nur hiesige Arbeiter zu beschäftigen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Der Arbeitsamt — für Italien! Aus Rom wird gemeldet: Der Senat nahm mit 117 gegen 85 Stimmen die von der Deputiertenkammer bereits genehmigte Vorlage betreffend Schaffung eines Arbeitsamts an.

Deutschland wird bald den Rufum genießen, das einzige Land zu sein, das diese bei Scharfmachern wenig beliebte Einrichtung nicht kennt.

Gewerkchaftliches.

Eine sozialpolitisch wichtige Entscheidung hat am Mittwoch das Landgericht Hamburg gefällt. Die Zivilkammer des Landgerichts hat die Massenklage der Werftarbeiter gegen die Firma Blohm u. Böh und die Amerika-Linie auf Entschädigung wegen Entlassung beim Werftarbeiterstreik 1900 kostenpflichtig abgewiesen. Gegen das Urteil soll Verlegung beim hanseatischen Oberlandesgericht eingelegt werden.

Es handelt sich um die Entschädigungsklage wegen unberechtigter Aussperrung. Bekanntlich hat seiner Zeit das Reichsgericht die Entschädigungsklage wegen unberechtigter Arbeitsverweigerung zugelassen und die Ausständigen zu solidarischer Schadenersatzpflicht verurteilt. Die Durchführung der Klage hat eine grundsätzliche Bedeutung; es soll festgestellt werden, ob eine Schadenersatzpflicht, die das Reichsgericht für streikende Arbeiter den Unternehmern gegenüber statuiert hat, auch für die Unternehmern den ausländischen Arbeitern gegenüber besteht.

ac. In Palermo haben die Metallarbeiter einer großen Eisen-gießerei die Arbeit niedergelegt; die anderen Arbeiter haben sich mit ihnen solidarisch erklärt. Es handelt sich um einen Kampf um das Koalitionsrecht. — Die Kohlenräger im Hafen von Palermo streikten, weil die Unternehmer die Forderung auf eine erhöhte Lohnentschädigung für Sonntagsarbeit abgelehnt haben.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Wohnungsgeldzuschüsse. In Bezug auf die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Staatsbeamten nimmt man, wie das Chemnitzer Tageblatt zu melden weiß, in den Kreisen der I. Kammer des Landtages einen ablehnenden Standpunkt nicht ein, jedoch ist man auch nicht für die unbedingte Annahme der Regierungsvorlage. Wie verlautet, hofft man, den Wünschen der Staatsbeamten sowohl als auch den herrschenden Finanzverhältnissen dadurch Rechnung zu tragen, daß man den Beamten der drei oberen Klassen 30 Prozent und den Beamten der drei unteren Klassen 60 Prozent der von der Regierung geforderten Summen gewährt.

Ein Werkzeug der Konservativen ist jener „belehrt Sozialdemokrat“, von dem wir gestern berichteten, daß er in einer konservativen Versammlung in Marbach aufgetreten, aber durch einen Zwischenruf unseres Genossen Schöpflin so aus dem Konzept gebracht worden sei, daß er seine Rede abbrechen mußte. Wie wir nun hören, führen die Konservativen diesen sonderbaren Heiligen seit einigen Tagen in allen Versammlungen mit sich herum, um ihn eine auswendig gelernte Rede heraussprechen zu lassen, die namentlich an seine „früheren Genossen“ gerichtet ist und für die Konservativen und den Volkstaxi Propaganda machen soll. Die Chemnitzer Volksstimme ist überzeugt, daß dieser Herr von den Konservativen bezahlt wird. Sie hat aber festgestellt, daß dieser ehemalige „Genosse“ und Lucharbeiter, der sich mit Vorliebe als einfacher Arbeiter ausstellt, ein kleiner Buchdruckerbesitzer aus Roffen ist. Der Gesinnungswechsel dieses Herrn, wenn von einem solchen wirklich die Rede sein kann, dürfte sich dann leicht daraus erklären, daß er seine Ueberzeugung geschäftlichen Rücksichten zum Opfer gebracht hat. Das ist bei charakterlosen Leuten leider nichts Seltenes. Daß ein solcher Mann der Sozialdemokratie in der Wahlkation nichts schaden kann, liegt auf der Hand. Mit solchen „Mitteln“ zeigen die Konservativen nur, wie faul es um ihre Sache steht.

Ein Hirschen von der Arbeiterverdienstmedaille.

Arbeiter und Dienstboten, die eine bestimmte Zeit bei ein und demselben Unternehmer ihre Arbeitskraft geopfert haben, erhalten bekanntlich Medaillen. Wie es uns scheint, soll mit der Verleihung eines solchen Hirschen der Empfänger auch gleichzeitig den Pakt eingehen, nur ordnungsgemäß gefasst zu sein, also sich der freien Meinung begeben. Wenigstens läßt nachstehender Vorgang, der uns aus Oberwieja berichtet wird, darauf schließen. Man schreibt der Chemnitzer Volksstimme:

Zu dem am 22. September hier abgehaltenen öffentlichen Landtagswählerversammlung hatte sich auch ein in der Nähe wohnender 73-jähriger Mann eingefunden, der die ihm verliehene Medaille für Freue in der Arbeit trug. Auf die Frage eines Gendarmen, wo er die Medaille erworben habe, erklärte der Mann, sie sei ihm für 30-jährige Arbeit in einer Fabrik „In Erdmannsdorf bei Meißner“ verliehen worden. Kurz vor Weihnachten wurde nun der alte Mann zu seinem früheren Arbeitgeber bestellt, der den Mann nach seinem Befinden fragte und ob er die fragliche Versammlung besucht habe, was bejaht wurde. Hierauf erklärte Herr Meißner, daß ihm die Medaille wieder habe abgenommen werden sollen, aber auf Ersuchen des Unternehmers belassen worden sei. Der alte Mann erklärte, daß er sich nicht denken könne, wie ihn hier ein Vorwurf treffen könne, da doch diese Versammlung von vielen Leuten besucht worden sei.

Der Vorgang ist für die Inhaber und Reflektanten auf solche Medaillen sehr ehrenvoll. Erst dürfen sie sich einige 30 Jahre abrackern, im Interesse des Profits ihre Gesundheit zu Markte tragen und wenn dann die Gesellschaft sie mit so einer Verdienstmedaille abspießt, dann soll dafür das Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der politischen Ueberzeugung eingehandelt werden. Eine schöne Einrichtung, diese Verdienstmedaillen!

Dresden, 16. Januar. Der Rat hat beschlossen, das Schulgeld am Bismarckschen Gymnasium zu erhöhen, da die bisher gewährte Staatsbeihilfe nunmehr in Wegfall kommt. Demgemäß wird das Schulgeld für Söhne sächsischer Staatsangehöriger, die in Dresden wohnen, jährlich 240 Mk. betragen. Außerhalb Dresdens wohnende Sachsen zahlen 300 Mk. und Nichtsachsen 400 Mk. Daß dieses Gymnasium, das nur von den Kindern der höchsten sächsischen Aristokratie besucht wurde, bisher überhaupt einen Staatszuschuß erhielt, ist sehr bezeichnend. Charakteristisch für diese Aristokratie ist, daß sie sich jahrelang geru-

Kleine Chronik.

Leipzig, 16. Januar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Sonnabend die Schauspielnovität Alt-Helberberg zum erstenmal wiederholt. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen Frau Holle, abends 7 1/2 Uhr Die Fledermaus gegeben.

Sonntag gelangt im Neuen Theater, um 8 Uhr beginnend, Die Walküre zur Aufführung. Wie früher sind die Rollen des Siegmund und des Wanderer mit den Herren Moers und Schütz besetzt. Neu singt Herr Schöper den Hunding, zum erstenmal Fräulein Weitz die Sieglinde und Fr. Sengern die Brünhilde. Die musikalische Direktion liegt in den Händen des Herrn Kapellmeisters Vogel. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr Frau Holle, abends 7 Uhr die Novität Alt-Helberberg wiederholt. — Im Carolatheater ist Offenbachs Burlesk-Operette Die schöne Helena angelegt.

Die nächste Aufführung von Charpentiers Oper Luise findet am Montag im Neuen Theater statt. — Mr. Coquelin, der mit seiner Pariser Gesellschaft am Montag und Dienstag im Carolatheater gastiert, wird am Montag abend den Annibal in der vieraktigen Komödie L'Aventuriere und den Noel in La Joie fait pour spielen. Am zweiten Abend zeigt sich Mr. Coquelin als Molière-Spieler. Er spielt den Tartuffe und den Mascarille in Les précieuses ridicules.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 16. Januar geschrieben: Im königlichen Schauspielhause findet gegenwärtig ein Gastspiel des berühmten Franzosen Constant Coquelin statt. Coquelin ist seit mehreren Jahrzehnten der populärste Bühnenkünstler Frankreichs. Er hat, seit er aus dem Hause Molières, der Comédie française, geschieden ist, endlose Kundreisen durch Europa und Amerika unternommen und ist auch in Deutschland hier und da aufgetreten. Nur Berlin hatte er bis jetzt, und zwar aus „politischen“ Gründen, fern gelassen. Nun ist es seinen staatsmännlichen Vorgesetzten gelungen, sein patriotisches Gewissen zu beruhigen, und Herr Coquelin hat sich entschlossen, auch den Prussien seine Künste zu produzieren. In Berlin wird das Ensemble des Pariser Theaters von der Porte St. Martin und Fr. Marguerite Durand von der Comédie fran-

caise, nebenbei bekannt als eifrige Frauenrechtlerin und Herausgeberin der Zeitung La Fronde.

Das Stück, in dem sich uns Herr Coquelin zuerst vorstellte, Saubaus vieraktige Komödie: Mademoiselle de la Seiglière (Das Fräulein von Seiglière), ist auch hier und dort auf deutschen Bühnen erschienen. Es existiert von ihm eine nicht sehr geschmackvolle Bearbeitung von Heinrich Laube. Die Franzosen rechnen es zu dem Genre der Anekdotenromane, wir würden es als ein Mittelstück zwischen Charakter- und Intrigenkomödie bezeichnen. Es spielt im Jahre 1817 und handelt von einem französischen Aristokraten, dem Marquis von Seiglière, der, wie so viele seiner Standesgenossen, beim Ausbruch der französischen Revolution sein Vaterland verlassen und seinen Aufenthalt in Deutschland genommen hatte. Sein Schloß und seine Güter wurden von der republikanischen Regierung bittig verkauft, und ein früherer Pächter des Marquis, der alte Stamply, war der Käufer. Der Sohn Stamplys, Bernard, hatte als Offizier unter Napoleon mehrere Feldzüge mitgemacht und war dann in Rußland verblieben. Man nahm an, daß er an der Moskwa gefallen sei. Eine Gattin des Marquis, die Baronin von Baubert, die vor der Zeit nach Frankreich zurückgekehrt war, benachteiligte sich nun des alten Stamply und bewirkte es, daß dieser dem Marquis das Schloß und die Begüterungen unentgeltlich zurückstellte. Sie hatte dabei den Nebengedanken, daß ihr Sohn die einzige Tochter des Marquis heiraten und sich zum Besitzer der Lakunen machen werde. Bei allen diesen Intrigen unterstützte sie der Advokat Destournelles, dem sie dafür in einer schwachen Stunde ihre Hand verprochen hatte. Da sie dies Versprechen aber nicht hielt, wurde Destournelles ihr Feind. Dies ist die Vorgeschichte der Komödie. Seit zwei Jahren haust der alte Marquis von Seiglière bereits wieder freudig in dem Schlosse seiner Väter. Da erscheint eines Tages der totesglaubte Sohn des verstorbenen Stamply, der die Bildsäule und fordert seinen Besitz zurück. Destournelles unterstützt ihn mit seinem juristischen Rate, und es erscheint nicht zweifelhaft, daß der Marquis das Schloß werde räumen müssen. Zwischen der Baronin und dem Advokaten entspinnt sich nun ein schlaues und gewandtes Intrigenpiel, welches dadurch noch komplizierter wird, daß Bernard Stamply und die Tochter des Marquis in Liebe zu einander entbrinnen. Nach längerem Hin und Her und mannigfaltigen Verwicklungen schließt die Geschichte mit einer

Verlobung des edlen Fräuleins von Seiglière und des nicht minder hochherzigen Bernard Stamply.

Den rätselhaften und vielgewandten Advokaten Destournelles spielte Coquelin. Die Rolle bietet mehr Gelegenheit, technische Virtuosenkünste, als die Kunst der Menschendarstellung zu zeigen. So lernen wir den Herrn Coquelin vornehmlich als Meister des schauspielerischen Handwerks, als geistvollen Comique und als eleganten Beherrscher aller konventionellen gesellschaftlichen Formen kennen. Wir haben ein Genre der Schauspielkunst, das auf unseren Berliner Bühnen allmählich aussterben scheint, seit die dramatische Litteratur neue Wege eingeschlagen hat. Die Grazie und Gewandtheit der Gesten, die wunderbare Ausdrucksfähigkeit des fortwährend wechselnden Mienspiels und vor allem die außerordentliche Kunst der Rede, die vom dröhnenden pathetischen Bass bis zum distinkten Flüsterwort und zur spielend hingehauchten Bemerkung alle Register virtuös beherrscht, zeigen, daß Herr Coquelin mit Recht als ein Großmeister seiner Kunst gilt. Wie weit stehen hinter dieser Vollendung die deutschen Bühnensterne, die nach ähnlichen Effekten streben, jurist! Vergleichen mit dieser prächtigen Behendigkeit ist Sonnenhalm ein hölzerner Weban, gegenüber dieser weltmännischen Kunst erscheint Haase als plumper Hausknecht. Und doch wollen wir uns weder bestechen noch verblüffen lassen: das nach unseren Begriffen Höchste in der Schauspielkunst erreicht Herr Coquelin trotz alledem nicht. Er ist ein fabelhaft geschickter Artist, aber er ist kein Herzenskündiger; er ist ein theatralischer Schminnkünstler, dessen elegante Gelenkigkeit uns entzückt, aber er bleibt auf der Oberfläche seines Elementes, er ist kein Laucher, der in die Tiefen bringt und Berlen emporbringt. Denn — das dürfen wir nicht übersehen — selbst aus dem faden Schlamm dieser Virtuosenrolle hätte ein Großer Berlen gewinnen können. Alle unsere berühmten Virtuosen, die Barnay, Haase, Friedmann u. wollten wir für Constant Coquelin gerne dahingeben, aber an die großen deutschen Menschenbildner, an einen Kalin, einen Baumeister, einen Ritter oder Wassermann, reichen seine Künste nicht heran.

Die übrigen Mitglieder des französischen Ensembles ragten über das Niveau eines anständigen künstlerischen Mittelmaßes nicht empor. Einige — so namentlich das von starker Reklame unterstützte Fräulein Durand — erreichten selbst diese bescheidene Höhe nicht. J. S.



gefallen sich, daß die Steuerzahler die Bildung ihrer Sprößlinge bezahlten. Wenn die sächsische Finanzlage nicht so entsetzlich traurig wäre, würde die Regierung wahrscheinlich auch den Zuschuß nicht gekürzt haben. So hat die Finanznot doch etwas Gutes.

**Zittau, 16. Januar.** Die hiesige Zwangsinnung der Buchbinder, die vor kurzem mit erheblicher Stimmenmehrheit ihre Auflösung beschlossen hatte, hat, wie die Zittauer Morgenzeitung berichtet, nun endgültig aufgelöst. Die Kreisauptmannschaft Danzig erläßt nämlich folgende amtliche Bekanntmachung: „Die wegen Errichtung der Buchbinderinnung zu Zittau (Zwangsinnung) unterm 13. Oktober 1899 erlassene Anordnung wird auf diesfalls gestellten Antrag nach Beschluß der Innungsverammlung zurückgenommen und die Innung gemäß § 100t der Gewerbeordnung in der Fassung des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 mit dem 1. Februar dieses Jahres geschlossen.“ — Thürnen dürften der Innung kaum nachgeweiht werden!

**Crimmitschau, 16. Januar.** Wegen einer in einem Flugblatt enthaltenen Beleidigung eines Fabrikanten wurde Gen. Herrm. Jäckel vom hiesigen Schöffengericht heute vormittag zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

**- Chemnitz, 16. Januar.** Seit vier Jahren sitzen unsere Genossen im Stadtvorstandeskollegium. Nach dem großen Sieg unserer Liste vor vier Jahren, als auf einen Schlag 15 unserer Genossen ihren Einzug hielten, kam die Aenderung des Bürgerwahlrechts; es wird jetzt nach Berufsständen gewählt. In den ersten Jahren wurden unsere Genossen mit Neugierlichkeit den Ausschüssen, besonders aber, und das bis jetzt, dem Schulausschuß ferngehalten. Heute erfolgte für die laufende zweijährige Periode die Wahl der Ausschüsse. Hierbei gelang es auf Antrag des Genossen Lorenz, an Stelle eines bürgerlichen Kandidaten unseren Genossen Berger in den Schulausschuß zu bringen. Von 53 abgegebenen Stimmen vereinigten sich 30 auf Berger.

**Keine Nachrichten aus dem Lande.** Aus Chemnitz wird berichtet: Drei Wochen und einige Tage hat die Ueberleitung der großen eisernen Chemnitzschiffbrücke in Furth als Ganzes nach einem eine halbe Stunde süßabwärts gelegenen Punkte in Anspruch genommen, wo sie wieder als Flußübergang dienen soll, aber endlich ist das kühne Werk, an dessen Vollendung man mehrmals fast verzweifelte, doch zu stande gekommen. Die größte Schwierigkeit, die überwunden werden mußte, war die anbauende Ungunst der Witterung. Durch Regen und Lawetter war das Erdreich so aufgeweicht, daß der 600 Centner schwere, 38 Meter lange, je 4 1/2 Meter breite und hohe Koloz wiederholt einsank und die Arbeit halbe Wochen lang unterbrochen werden mußte. Ganz besonders schwierig gestaltete sich die Verankerung über eine andere, aus Stein gebaute, nicht viel breitere Brücke. Anfangs wurden hölzerne Rollen benutzt, die 40 Centimeter im Durchschnitt maßen, während solche von 25 Centimeter Durchmesser wie schwache Latzen zerbrachen. Schließlich ging man dazu über, das mächtige Eisengestell auf Räder zu heben, und gelangte damit endlich zum Ziele. Zum Anziehen wurden zwei achtspeidige Dampfstrahlmaschinen benutzt, die durch sehr starke eisernen Ketten mit der Brücke verbunden waren. — Im Neudorf bei Buchholz ist der traurige Fall vorgekommen, daß bei dem Arzt ein 22jähriges Mädchen während der Karwoche verstorben ist. Zu derselben war behufs Ausführung einer Zahnoperation verfahren worden.

**7. Schleuditz, 12. Januar** fand die erste Versammlung des neugegründeten sozialdemokratischen Kreisvereins Merseburg-Querfurt (Distrikt Schleuditz) statt. Der erste Vorsitzende hob hervor, daß in diesem neuen Verein ein jeder Genosse darauf hinzuwirken habe, daß er stetig wachse und gedeihe zum Wohle aller und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Hierauf erbatte er den Geschäftsbericht von dem aufgelösten Arbeiterverein, sowie der Kassierer seinen Jahresbericht, welcher eine Einnahme von 287,15 Mk., eine Ausgabe von 60,10 Mk., mithin einen Kasseebestand von 227,05 Mk. zu verzeichnen hatte. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf wurde der Distrikt in Bezirke eingeteilt und jeder Bezirksführer ersucht, seinen Bezirk nach Kräften zu heben. Unter anderem wurden die Zustände der hiesigen Pflichtfeuerwehr zur Sprache gebracht, hauptsächlich betreffs der Versicherung bei Uebung oder Feuerbrunst und die Dauer zu dieser Pflicht. Da jedoch in diesen Punkten keine Klärung gegeben werden konnte, so wurde die Distriktsleitung ersucht, an die hiesige Polizeiverwaltung ein Schreiben zu richten, worin um Auskunft ersucht werden soll. Ein Antrag, daß für den Genossen Mittag-Merseburg der Genossenschaftsrat Müller-Schleuditz als Reichstagskandidat aufgestellt werden soll, wurde, weil sich die Versammlung nicht für kompetent hielt und zweitens gegen Genossen Mittag nichts vorzubringen sei, da er sich stets der Partei geopfert hat, abgelehnt. Es kamen noch die traurigen Zustände der hiesigen Herberge zur Sprache, die zwar Herberge zur Heimat heißt, aber besser Herberge zur Wehmut heißen könnte; es konnte aber nichts beschlossen werden, da sich das Gewerkschaftsamt schon mit der Angelegenheit befaßt und auch durchziehen wird, daß diese Zustände andere werden.

**b. Weiskensfeld, 17. Januar.** Den städtischen Behörden liegt zur Beschlußfassung für das Jahr 1902 festgesetzte Etat der Stadt Weiskensfeld vor. Er weist eine Einnahme und Ausgabe von 702650 Mk. auf. Es sollen zur Erhebung kommen 200 Prozent Zuschlag zu der vom Staate veranlagten, den Gemeinden überwiesenen Realsteuern und der besonderen Gemeinde- und Gewerbesteuer, 150 Prozent der Betriebssteuern und 180 Prozent Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer. Mit Steuern wären die Weiskensfelder also genügend gesegnet.

**s. Naumburg, 17. Januar.** Heute morgen wurden der Werkmeister Vagehorn aus Naumburg und dessen Geliebte, Witwe Schödel, sowie dessen Schwager, Arbeiter Salpel, wegen gemeinschaftlicher Ermordung der Ehefrau Vagehorns durch den Scharfrichter hingerichtet. Sämtliche drei Angeklagte waren geständig.

**Jena, 16. Januar.** Noch ein zweites Pistolenduell hat, wie dem Jenaer Volksblatt von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hier stattgefunden, und zwar am Sonnabend vormittag. Im ganzen wurde fünfmal geschossen. Einer der Duellanten — die unerkannt geblieben sind, man vermutet jedoch, daß sie studentischen Kreisen angehören — soll eine Verwundung davongetragen haben. Es wird lustig weitergemault — trotz der Gesehe!

### Der Krieg in Südafrika.

#### Ein gelungener Ueberfall der Buren.

Die Buren unter Kemp und Colliers machten in der letzten Woche einen kombinierten Vorstoß, indem sie die Bahnlinie von Osten nach Westen überschritten. Ein Kontingent traf in Witwoudban, wenige Meilen westlich von Maseling, ein, und überfiel die dort stehende englische Besatzung; es entspann sich ein Gefecht. Ein anderes Kontingent zog bis fünf Meilen vor Zannaribostadt, nahm daselbst Vieh weg und verbrannte die Wagen, die ihnen in die Hände fielen. Andere Burenabteilungen griffen die Besatzungen von Marilom und Kraaipan an. Die Engländer brachten einen Panzerzug ins Gefecht. Es

wurden drei gefallene Buren aufgefunden und einer wurde gefangen genommen. Einige Stück Vieh wurden den Buren wieder abgenommen, aber man nimmt an, daß der Feind mit 1000 Stück Vieh entkommen ist. Die Hauptmasse der Buren ist am 10. Januar über die Bahnlinie zurückgegangen. Die bei Zannaribostadt in Aktion getretene Abteilung steht noch westlich der Linie.

### Gerichtssaal.

#### Landgericht.

Leipzig, 16. Januar.

**Urkundenfälschung, Betrug, Untreue und Unterschlagung.** Der bisher noch unbestrafte, aus Neuschönefeld gebürtige, 45 Jahre alte Kaufmann Karl Friedrich Oskar Pettrich hatte sich heute in einer den ganzen Tag in Anspruch nehmenden Sitzung der 3. Strafkammer wegen der genannten Delikte zu verantworten. Er eröffnete im Jahre 1884 in der Reichstraße hier ein Cigarrengeschäft, das er später nach der Universitätsstraße verlegte. Neben seinem Geschäft spezialisierte er sich in Aktien und machte sonstige Geldgeschäfte; außerdem betrieb er die verschiedensten Lotterielose. In den Jahren 1899 und 1900 ging sein Geschäft immer schlechter, so daß es am 9. Januar 1901 zum Konkurs kam. Mit seinen Spekulationen hatte er auch kein Glück und so konnte er sich längere Zeit nur durch Gefälligkeitswechsel noch über Wasser halten. Noch im Jahre 1897 will er für 45 000 Mk. Straßenbahnaktien gekauft haben, aber durch den rapiden Preissturz, diese sind von 173 auf 60 zurückgegangen, große Einbußen erlitten haben. Dem Produzentenhändler Th. in Neuschönefeld hat er fünf Stück von seinen Aktien abgekauft, der ihm außerdem 2500 Mk. zum Zwecke der Spekulation mit Aktien gab. Im Herbst 1900 erklärte er dem Th., daß die Kreditbank weitere Sicherheiten verlange, und dieser gab zwei Aktien im Werte von je 1000 Mk., die eine von der Großen und die andere von der Leipziger elektrischen Straßenbahn her. Er sollte sie bei der genannten Bank deponieren. Da die Bank sich mit der einen Aktie begnügte, behielt er die andere für sich und verpfändete sie später ohne Wissen Th.s bei dem Agenten M. hier für 900 Mk. Dieser hat sie dann für 948 Mk. verkauft. Durch diese Handlung hat er sich der Unterschlagung schuldig gemacht. Mit dem Reisenden B. von hier hat er verschiedentlich Geldgeschäfte gemacht. Im November 1900 gab er dem B. einen Wechsel über 300 Mk. zum Diskontieren. Nach einigen Tagen erklärte er auf eine Anfrage B.s, wie es mit dem Wechsel stehe, daß er ihn noch nicht habe unterbringen können, worauf dann B. erklärt habe, daß es sich erledigt hätte, er (B.) brauche sich nicht weiter darum zu bemühen, denn er habe nun von anderer Seite Geld erhalten. B. hat aber den Wechsel trotzdem in Umlauf gesetzt und dieser wurde B. am Fälligkeitstage präsentiert, der die Einlösung natürlich verweigerte. B. hat ihn schließlich dann eingelöst, indem er einen neuen Wechsel gab und 100 Mk. bar zahlte. Der letztere ist von B. nicht eingelöst worden. So wurde gegen B., als dem Aussteller, Klage erhoben, wodurch ihm mit der Strafe, weil die Wechselmarke darauf gefehlt hatte, etwa 20 Mk. Kosten entstanden sind. Der Wechsel wurde schließlich von der Frau des Angeklagten eingelöst.

Ein ähnliches Wanderverbot führte B. mit einem Gastwirt J. auf. Von diesem hatte er nach und nach Darlehen in Höhe von über 5000 Mk. erhalten. Im Sommer 1900 brauchte er auch bares Geld und dieser wandte sich nun an seinen Säulhaber P. Bei diesem sah es aber auch sehr windig aus und so verschaffte er dem J. dadurch Geld, daß er einen Wechsel über 500 Mk. bei seinem Freunde S. hier unterbrachte und auch 400 Mk. darauf erhielt; die noch fehlenden 100 Mk. legte er selbst darauf. Zur Sicherheit des Wechsels hat er eine seinem Gläubiger J. gehörige Begauer Stadtanleihe über 500 Mk. bei S. hinterlegt. Er löste sie später ein, um sie bei Gelegenheit eines von J. erhaltenen Wechsels, den er mit noch einem anderen zusammen bei der Kreditbank zum Diskont brachte, als für seine ganzen Verbindlichkeiten mit der Bank wieder zu verpfänden, ohne daß J. davon eine Ahnung hatte. P. stellt die Sache nun so dar, als ob er angenommen habe, weil die Stadtanleihe voranständig auf den Namen J.s laute, sie auch nur für den J.schen Wechsel Sicherheit bilden könne. Von dem als Zeugen vernommenen Bankdirektor Helm sowie dem Prokuristen N. wird aber die Sache dahin richtig gestellt, daß P. der schon so lange mit der Bank zu thun hatte, die Bestimmungen der Pfandcheine der Bank genau kannte. Dem J. blieb nichts übrig, als seine Stadtanleihe selbst wieder einzulösen.

Die Geschäftsverbindungen, die B. mit einem Herrn Sahn aus Grimma, der sich später das Leben nahm, hatte, sind in ein mysteriöses Dunkel gehüllt. Der Verteidiger sprach davon, daß B. durch S. 37 000 Mk. verloren habe. Gegen Ende des Jahres 1900 sandte Sahn an B. 3000 Mk. zum Einlösen seiner (Sahns) Wechsel. B. benutzte diese Summe aber zum Bezahlen der eigenen Schulden und die Folgen waren Wechselproteste. S. hat B. hier aufgesucht und ihn über seine Handlungsweise Vorwürfe gemacht und dabei geäußert: „Er wisse noch nicht, ob er die Sache nicht schließlich der Staatsanwaltschaft übergebe.“ Das Geld war natürlich verloren. — Der jetzige Restaurateur und frühere Hausmann S. brachte kurz vor Weihnachten 1900 die Summe von 327 Mk. zum Einlösen eines von ihm ausgestellten Wechsels zu B. Dieser benutzte aber das Geld zum Bezahlen seiner Rechnungen und als der Fälligkeitstermin des Wechsels heran kam, konnte B. ihn nicht einlösen. Er ging nun an den Aussteller und den Akzeptanten zurück und die beiden gingen nun zu P. und machten ihm die Höhe heiß. P. stellte nun einen neuen Wechsel über 200 Mk. aus und zahlte 100 Mk. in bar.

Als ein ziemlich leichtgläubiger Mensch erwies sich der damals in Deßau privatfrierende Restaurateur Cz. Zu diesem ging im Sommer 1900 der Angeklagte mit einer Braunschweiger Lotterieliste und erzählte ihm, daß in seine Kollekte ein Gewinn von 10 000 Mk. gefallen sei; er möchte diesen den Spielern gern auszahlen, doch habe er nicht das dazu nötige Geld. Cz., der B. für einen reichen Mann hielt, stellte ihm auf die Erzählung und die angestrichene Lotterienummer hin drei Sparkassenbücher der Reichsbank Sparkasse mit einer Einlage von insgesamt 3359,20 Mk. sowie ein Buch der Kreditbank mit 2800 Mk. Einlage zur freien Verfügung. Auf dem Buche der Kreditbank sollte er (B.) 100 Mk. stehen lassen, die übrigen Summen könne er ab-

heben; im übrigen bemerkte Cz., er brauche das Geld erst wieder bei der Uebernahme einer Wirtschaft. B. gab dann für dieses Darlehen dem Cz. einen Wechsel über 1000 Mk., der aber auch prolongiert werden mußte. Außerdem nahm B. den Cz. einmal mit nach Berlin und zahlte die Zede für ihn. Bei der Vernehmung über diesen Punkt macht der Angeklagte die widersprechendsten Angaben. Bald will er in der Braunschweiger, bald in der Mecklenburger und bald in der preussischen Staatslotterie den Gewinn gemacht haben. Der „glückliche Gewinner“ ist am 16. Juni 1900 gestorben. Die mit dem Verstorbenen verkehrenden Freunde wurden als Zeugen vernommen und bekundeten durchweg, daß ihnen von einem Gewinn nichts bekannt sei, auch die Frau des Verstorbenen weiß nichts davon.

Die Geschäftsverbindungen B.s erstreckten sich nicht nur auf profane Geschäftsleute, sondern er zählte auch Künstler zu seinen Kunden. So hat er dem Opernsänger J. vom hiesigen Stadttheater 50 Mk. geliehen; dieser gab ihm ein Accept mit der Bemerkung, dieses aber nicht in Umlauf zu legen. B. setzte aber das auf 50 Mk. lautende Accept nicht nur in Umlauf, sondern schrieb vor die 5 auch noch eine 1, damit es, wie er heute sagt, nicht so lumpig ausseh. Als dem J. der Wechsel zur Einlösung vorgelegt wurde, wies er ihn einfach zurück. Aber nach kurzer Frist erhielt er von einem Rechtsanwalt eine Rechnung wegen des Wechsels über 162 Mk. Nun hatte er die 50 Mk. aber bezahlt. Die Frau des Angeklagten hat schließlich mit eigenen Mitteln die Sache gedeckt. Ein weiterer Fall von Wechselschwindeln soll sich der Angeklagte mit Blankoaccepten, die er von dem Kynographen J. in Grimma erhalten hat, haben zu schulden kommen lassen. Der Betreffende ist aber auch gestorben und die als Zeuginen vernommene Frau und deren Tochter machen derartig unklare Aussagen, daß der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer es dem Ermessen des Gerichts anheimstellt, den Punkt bei der Bestrafung gänzlich auszuscheiden.

Eine Anzahl der Geschädigten hat sich seiner Zeit mit einer gemeinschaftlichen Eingabe an die Staatsanwaltschaft gewendet. So wurde am 4. Februar v. J. P. verhaftet. Seine beiden Verteidiger suchten bei einzelnen Punkten seine Unschuld nachzuweisen und machen besonders auf die bisherige Unbeholfenheit B.s aufmerksam, so daß ihm bei der Strafzumessung mildernde Umstände nicht verpagt werden könnten.

Das Urteil, das Freitag mittag 1/12 Uhr verkündet wurde, lautet auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren. Sieben Monate wurden dem Angeklagten, der seit dem 4. Februar v. J. in Untersuchung ist, auf die erkannte Strafe in Anrechnung gebracht. In drei Fällen mußte mangels des zur Beurteilung nötigen Beweismaterials Freispruch erfolgen. Dem Antrag der Verteidiger, Pettrich aus der Haft zu entlassen, wird gegent Stellung einer Kaution von 3000 Mk. stattgegeben.

#### Schöffengericht.

Leipzig, 16. Januar.

Die Leipziger Bankkrach-Postkarten, etwa 30 Verkäufern und Ausstellern von Ansichtspostkarten von Leipziger Bankkrach wurde eine Strafverfügung von 20 Mk. zugestellt wegen Verübung groben Unfugs. Ganze Stöße der beschlagnahmten Karten bedeckten den Gerichtstisch, denn die Betroffenen hatten gegen die Strafverfügung gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Amtsanwalt bezeugte die Herstellung und den Vertrieb der Karten als eine verwerfliche Handlung, die öffentliches Vergernis erregt habe und zwar nicht nur bei den Betroffenen des Leipziger Bankkrachs. Viele kleine Leute hätten ihre Spargroschen verloren und jeder gebildete Mensch müsse sich über die Verhöhnung empören. Er beantragte Bestrafung. Die Verteidigung erwiderte auf die Ausführung des Amtsanwalts: Wenn die Darstellung des Bankkrachs auch eine gesamtkräftige Satire sei, so könne man um ihrer selbst willen keine Bestrafung eintreten lassen. Die Satire trage ihre Daseinsberechtigung in sich selbst. Der Bankkrach sei auch von einer Reihe Witzblätter satirisch behandelt worden, ohne daß gegen sie vorgegangen wurde. Der § 360, 11 könne hier überhaupt keine Anwendung finden. Die Verteidigung beantragte schließlich Freisprechung. Das Gericht entschied auch dem Antrage der Verteidigung gemäß. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Herstellung und Vertrieb dieser Karten zu verwerfen sei, aber grober Unfug könne hierbei nicht angenommen werden. Grober Unfug sei eine ungebührliche Handlung, wodurch allgemein öffentliches Vergernis erregt wird, voraus, dies könne hier nicht als zutreffend erachtet werden, deshalb erfolgte Freisprechung.

### Vereine und Versammlungen.

#### Eine Maurerverversammlung

fand am 14. Januar im Saale des Pantheons statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die am 20. Dezember stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund; 2. Abrechnung vom Unterstützungsfonds; 3. Innere Berufsangelegenheiten. Kollege Jakob berichtete: Als wir für die Eingaben der Bauhandarbeiter eintraten, erklärte der Vorsitzende Enke nebst seinen Kollegen, auf diese Frage überhaupt nicht eingehen zu wollen. Auch unser Antrag, für nächstes Jahr 60 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, wurde rundweg abgelehnt. Die Verhandlungen bewegten sich nur über die Felddauer des Vertrages und diesen haben wir auf ein Jahr reduziert. Die Unternehmer erklärten sich bereit, trotz der Krise den Lohn auf zwei Jahre zu zahlen, um sich im dritten Jahre durch den gleichen Lohn schadlos zu halten. Nebner tritt für diesen Vorschlag ein, indem er nachweist, daß in den letzten vier Jahren verhältnismäßig wenig Durchbrechungen seitens der Unternehmer vorgekommen sind, auch mögen die Kollegen auf die Leipziger Bauhandbauten nicht allzu große Hoffnungen setzen. Für das Jahr 1905 steht die Frage offen, was wir zu thun und zu lassen haben. Kollege Busch fragt an, ob denn die Kommission den Unternehmern alles vor Augen geführt hat, u. a. die große Arbeitslosigkeit, Steigerung der Mieten, der Lebensmittelpreise etc. und wünscht, den Vertrag nur auf ein Jahr anzunehmen. Kollege Berthold tritt den Ausführungen Buschs entgegen. Er erklärt, daß seitens der Kommission nichts unterlassen wurde, um den Unternehmern die traurigen Verhältnisse zu schildern, aber die Kollegen tragen selbst große Schuld daran, daß der Vertrag nicht besser ausgefallen ist. Das beweise die Freigabe und Unterwürfigkeit besonders in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges den Unternehmern sowohl als den Pölkern gegenüber, ferner die vielen Ueberstunden, die alle Tage gemacht werden, sowie die unwürdigen Zustände, in denen sich noch die Bauhand befinden. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, diese zwei Jahre auszunutzen, um unsere Organisation so zu gestalten, daß wir auf jeden Fall schlagfertig sind. Die getroffenen Bestimmungen sollten streng befolgt



werdend, dann wird auch eine Verbesserung in unserem Gewerbe Platz greifen. Kollege Jacob ist ebenfalls gegen Busch, indem er einen jetzigen Streik als ein Wagnis bezeichnet. Den Vertrag auf zwei Jahre beschließen zu lassen, wurde von mindestens 1500 Kollegen gegen 6 Stimmen beschloffen. Die Abrechnung vom Unterstützungsfonds weist eine Einnahme von 148 188,06 Mk. und eine Ausgabe von 88 442,88 Mk. auf, so dass ein Kassensbestand von 104 745,17 Mk. verbleibt. Von den Revisoren wird erklärt, dass sich Bücher, Verlege und Kasse in Ordnung befinden haben. Zu bemerken ist, dass die Kassisten Scheuditz noch 100 Stück Marken à 50 Pfg. abzurechnen hat. Ferner wird der Verfall von 1000 Pfg. abzurechnen hat. Ferner wird der Verfall von 1000 Pfg. abzurechnen hat. Ferner wird der Verfall von 1000 Pfg. abzurechnen hat.

**Eine öffentliche Versammlung der Schmiede**  
 fand Donnerstag den 16. Januar im Saale des Pantheon statt. Der Kollege Peter als Gauvorstand erstattete über die Tätigkeit im letzten halben Jahre Bericht. Die Ausgabe des Gauvorstands betrug 198,75 Mk., die des Kollegen Mühlbus 112,94 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1901 2110, jetzt nur noch 1970. Ohne Erfolg wurden in fünf Städten Versammlungen abgehalten. Ein Entgegenarbeiten anderer Organisationen war nur in Stahlfurt, Schönfeld und Wahren zu verzeichnen. Die Arbeitszeit war in den meisten Städten im Großbetrieb gekürzt; aber auch bei kleinen Meistern war kein guter Geschäftsgang zu verzeichnen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Müller und Witzdorf im selben Sinne. — Beim Bericht der Vertreter der Ortskrankenkasse wurde unter anderem bedauert, dass manche Vertreter, nachdem sie arbeitslos geworden, sich nicht als freiwillige Mitglieder angemeldet haben und deshalb ihres Amtes verlustig gingen. Es wurde ein Antrag angenommen, dass arbeitslosen Vertretern der Beitrag als freiwillige Mitglieder aus dem Unterstützungsfonds gezahlt wird. Vorgesprochen wurden Hermann Müller, Ernst Ritter, Fritz Seger, Stephan Hintzschke; als Ersatzmänner Reinhard und Schilling. — Unter Gewerkschaftlichen wurde von dem Vertreter des Gewerkschaftsleiters darauf aufmerksam gemacht, dass jeder Kollege, der sich rüstern lässt, sich von dem betreffenden Gehilfen nachweisen lässt, ob er organisiert ist. Die Abrechnung vom Herbst ergab einen Ueberschuss von 92,28 Mk., der dem Unterstützungsfonds überwiesen wird.

**Eine öffentliche Zimmererversammlung**  
 tagte am 14. Januar im Saale des Goshthales. Aus der Abrechnung vom Unterstützungsfonds ergab sich folgende Bilanz: Einnahme 19 126 Mk., Ausgabe 6477,60 Mk., Bestand 12648,40 Mk. Als Revisoren wurden die Kameraden: Laue, Reich, Thielemann, Georgi und als Kontrollrevisor Kamerad Stephan gewählt. Nach dem Bericht des Kameraden Hofe ist die Mitgliederzahl im vorigen Jahr retour gegangen. Hofe erwähnte die Mitglieder, in diesem Jahr mehr für die Organisation thätig zu sein. Im Berichtsjahr wurden 18 Versammlungen mit 4 Vorträgen abgehalten. Auch wurden 3 Hausperren, bei einer mit vollständigem, und bei zweien mit teilweisem Erfolg, verhängt. Auf Antrag wurde dem Vertrauensmann, Kamerad Hofe, Decharge erteilt, und derselbe einstimmig auf ein Jahr wiedergewählt. Hierauf erstattete Kamerad Laue Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgeberern. Die Kommission habe mit den Arbeitgebern in einer längeren Sitzung über unsere früheren Anträge auf Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg., Verkürzung der Arbeitszeit und die Höchstbauer der Abmachung auf ein Jahr verhandelt. Die Arbeitgeber wären aber nicht geneigt gewesen, den Arbeitnehmern diesbezüglich entgegenzukommen. Um die Verhandlung nicht ganz scheitern zu lassen, hätten die Kommissionsmitglieder folgenden Vorschlag der Arbeitgeber zugestimmt: Die bis jetzt bestehende 9stündige Arbeitszeit und den Mindestlohn von 55 Pfg. auf weitere zwei Jahre zu vereinbaren und sich gegenseitig zu verpflichten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, diese Vorschläge zu unterbreiten und dafür einzutreten. Zu diesem Punkt entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die Kameraden Reich, Sauer und Köhler sind mit dem Ausgang der Verhandlung nicht einverstanden; sie hätten von der Kommission mindestens erwartet, ehe sie ihre Unterschrift den Arbeitgebern gegenüber gaben, über den Gang der Verhandlungen erst in einer Versammlung zu berichten. Es sprechen noch die Kameraden Hofe, Sauer und Thielemann für die Abmachungen, worauf folgende Resolution mit geringer Majorität angenommen wurde: „Nach Entgegennahme des Berichts der Kommission und in Erwägung der momentanen Verhältnisse erklärt sich die am 14. Januar im Saale des Goshthales tagende öffentliche Zimmererversammlung mit den leider unannehmlichen Lohnverhältnissen auf weitere zwei Jahre einverstanden.“ Nachdem Kamerad Hofe zum Beitritt zu der politischen Organisation und zur Erwerbung des Bürgerrechts aufforderte, und der Stellvertreter um die moralische Unterstützung der organisierten Arbeitergehilfen ersuchte, erfolgte Schluss der mäßig besuchten Versammlung.

**Die Arbeiter Leipzig**  
 hielten am 11. Januar ihre Jahresversammlung in der Flora ab. Zunächst gab der Vorstand seinen Tätigkeitsbericht, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Lohnfreistellungen kamen vor in den Werkstätten von Schubert und Schirmer, in beiden Fällen wurden die Differenzen dank dem energischen Einschreiten der Lohnkommission sowie einiger Kollegen geregelt. Im übrigen wurden abgehalten 2 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen sowie 14 Vorstandssitzungen und 4 Vorträge. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab die Wahl folgender Kollegen: 1. Vorsitzender: G. Schöberl, 2. Vorsitzender: W. Grotzian, Kassierer: W. Reinhardt, Schriftführer: W. Bachofen, Beisitzer: Hofe und Hof. Als Revisoren fungieren die Kollegen Hänel, Künne und Erler. Beim Arbeitsnachweis gingen in diesem Vierteljahr 51 Angebote von Arbeitgebern ein, davon entfielen auf Leipzig 28, nach auswärtig 23, diese Stellen wurden sämtlich besetzt. Der Arbeitsnachweis hat gut funktioniert. Die Kollegen werden ersucht, nur den Nachweis zu benutzen. Hierauf wurde zur Neuwahl der Kontrollrevisor geschritten. Ferner erstattete uns Kollege Sätze den Bibliotheksbericht; dieselbe hat jetzt einen Bestand von hundert Büchern, benutzt wurde dieselbe von 60 Kollegen, welche insgesamt 118 Bücher entliehen hatten. Für das Amt als Bibliothekar wurde K. Sätze wiedergewählt. Weiter wurde der Bericht über die Tätigkeit vom Agitationskomitee gegeben. Dem Beschluss des Verbandstages 1898 zufolge wählte die Zahlstelle Leipzig im Herbst 1898 ein Agitationskomitee; dasselbe bezog im Jahre 1899 eine Konferenz der beteiligten Zahlstellen nach Leipzig. Erschienen waren Halle und Leipzig. Der Vertreter der Zahlstelle Leipzig erklärte, dass Leipzig in dem Thüringer Bezirk gehöre und auch dort bleiben wolle. Es blieben für den 6. sächsischen Agitationsbezirk nur noch Leipzig und Halle. Nachdem Kollege Unger-Leipzig über die Angaben der Agitationsbeiräte referiert hatte, wurde beschlossen, zunächst eine Statistik aufzunehmen, wie der Stand der Organisationen in den Zahlstellen ist; um dann die eigentliche Agitation zu entfalten. Auch hier wurde im Jahre 1899

eine Statistik aufgenommen. Es wurde mit unserer Hilfe in Altenburg und Ziegen eine Zahlstelle gegründet. In Leipzig wurde ein Bezirkskassierer eingesetzt. Am 25. Januar wird ein Wintervergütungen mit Theater-Aufführungen abgehalten werden. Die Kollegen Winkler, Hella, Bachofen, Bernhard Schulze, Bruno Schulze, Reich, Pösch und Schneider wurden als Generalversammlungsvertreter für die Ortskrankenkasse vorgeschlagen. Im Gewerkschaftlichen wurde noch mitgeteilt, dass bei 3 fänglichen Treppenhilfen die Gehälter im blinden Teil mit 25 Pfg. zu bezahlen sind; bekanntlich wurde Herr Masermesser Schirmer verflagt, es wurde vom Gewerbegericht zu Gunsten des Klägers obige Bestimmung getroffen.

**Leipziger Angelegenheiten.**

**Leipzig, 16. Januar.**  
 Als eine nachdrückliche Kundgebung der Arbeitslosen kann die heute vormittag im Felsenkeller zu Plagwitz abgehaltene Arbeitslosenversammlung bezeichnet werden. Es waren weit mehr Arbeitslose anwesend als in der Versammlung im November. Außer einigen Wortentziehungen sind weitere Zwischenfälle nicht vorgekommen. Die Versammlung, über die wir morgen ausführlich berichten werden, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute im Felsenkeller zu Plagwitz versammelten Arbeitslosen erheben Einspruch gegen die Art der Behandlung der Arbeitslosigkeit durch einen Teil der Vertreter im Stadtverordnetenkollegium. Wenn auch die vorhandenen Zustände, die eine Folge unserer heutigen Produktionsweise sind, nicht ohne weiteres durch die städtischen Behörden beseitigt werden können, so muß es dennoch als Pflicht dieser Behörden betrachtet werden, durch geeignete Maßnahmen die vorhandene Notlage wenigstens zu lindern. Auf diesem Standpunkte beharren die Arbeitslosen Leipzigs auch heute noch. Was aber bisher von derartigen Maßnahmen bekannt geworden ist, ist mit der tatsächlich vorhandenen Notlage nicht in Einklang zu bringen, um so weniger, als, wie u. a. die heutige Versammlung beweist, die Arbeitslosigkeit in Leipzig immer mehr um sich greift.“

Die heutige Versammlung beauftragt daher den Vorstand des Gewerkschaftsleiters, erneut Mittel und Wege zu suchen, um den Rat und die Stadtverordneten von der Notlage der Arbeitslosen zu überzeugen und sie zu durchgreifenden Maßnahmen zu veranlassen.“

**Im Konkurs der Aktiengesellschaft für Trebertröcknung**  
 in Kassel sind bis jetzt 1550000 Mark eingegangen. Eine Konkursdividende von höchstens 1 Prozent wird Anfang April zur Auszahlung gelangen.

**Verbot der Abonnentenversicherung.** Verschiedene deutsche Zeitungen, darunter auch ein paar Leipziger, haben, um Abonnenten anzulocken, mit Versicherungsgeellschaften ein Abkommen getroffen, wonach den Hinterbliebenen ihrer Abonnenten für den Fall des Todes der letzteren durch einen Unfall eine bestimmte Summe ausbezahlt werden soll. Die Behörden sind nun, wie aus Berlin berichtet wird, darauf hingewiesen worden, dass derartige Unfallversicherungen durch § 108 des neuen Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen formlos verboten und strafbar sind.

**Höheres Fleisch** schiednen die in Leipzig erscheinenden Nachrichten des Schutzverbandes für Handel und Gewerbe. Weil die sächsische Regierung die Lasterheit nach einer Landesumlage vorläufig nicht befriedigen will, jamnert das genannte Organ für Verteuerung der Nahrungsmittel, daß es seine erweichen könnte, und kündigt an, daß die Leipziger Kleinhandl. — aus Auswanderer denken. Zur Erweiterung unserer Leser eine hübsche Stillbute:

So hat uns Herr v. Mehl nicht enttäuschen können; wir sehen den Kampf um die Erhaltung des Mittelstandes fort; blüht uns der Sieg, um so besser; unterliegen wir, so stärkt der Staat zugleich mit dem Mittelstand zusammen; dann ist die Zeit der Witterdämmerung gekommen, dann stoßen auch die letzten der Germanen ab vom heimischen Strand und lassen das nicht mehr zu halten Land Singer, der als Pankas I. mit Rosa Luxemburg, dem Genossen Parvus, Herrn Bernstein und ähnlichen Wästenwanderern den Thron bestiegen wird.

Hoffentlich werden sie nach alter Väter Brauch noch eintrinken, die letzten der Germanen, bevor sie abstoßen vom heimischen Strand.

**Auktion beim Leihhaus.** Vom 6. März 1902 ab sollen die nicht wieder eingelösten, in den Monaten März und April 1901 bei dem hiesigen Leihhause verpfändeten oder gemäß § 13 der Leihhausordnung wieder verpfändeten Pfänder, sowie einige bereits früher verpfändete, aus besonderer Veranlassung noch nicht verkaufte Pfänder öffentlich versteigert, soweit sie aber in Wertpapieren oder Sparbüchern bestehen, der Leihhausordnung gemäß veräußert oder erhoben werden. Die Versteigerung findet von früh 9 Uhr an bis nachmittags 3 Uhr im Erdgeschosse des Leihhauses unter demselben aushängenden Versteigerungsbedingungen statt. Ein im gleichen Raume vorhandener Anschlag zeigt täglich an, welche Pfänder vermutlich am entsprechenden Tage zur Versteigerung kommen werden. Die Verkauf- und Einlösungsräume sind an den Versteigerungstagen von früh 8 Uhr an nur bis nachmittags 2 Uhr geöffnet.

**Zum Gebrauche sächsischer und böhmischer Heilquellen**  
 sowie von Luftkurorten sind aus der unter Verwaltung des Ministeriums des Innern stehenden Sächsischen Stiftung zum 26. Juli 1811 sowie aus sonstigen zur Verfügung stehenden Mitteln an arme Kranke auch für das laufende Jahr eine Anzahl Unterstützungen und Freistellen zu vergeben. Insbesondere können zum Gebrauche von Bad Eister bedürftige Personen durch Geldbeihilfen, mit deren Bewilligung auch der Genuß freien Bades auf die Dauer eines Monats, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurtaxe verbunden ist, oder durch bloße Bewilligung freien Bades auf die Dauer eines Monats, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurtaxe unterstützt werden. Die Unterstützungsgefuche sind längstens bis zum 15. März laufenden Jahres bei dem Ministerium des Innern 4. Abteilung einzureichen. In den auf Bad Eister gerichteten Gesuchen ist bestimmt anzugeben, um welche von den Vergünstigungen nachgesucht wird. Die Bewilligung ist an die Bedingung gebunden, daß die Kur entweder in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni oder vom 20. August bis zum Schlusse des Monats September vorgenommen wird.

**Veränderung der Personenzüge.** Bekanntlich ist das Ein- und Aussteigen bei den Personenzügen IV. Klasse auf derjenigen Seite unzulässig, nach der die Thür aufschlägt. Diese Beugung nicht nur die Plattform, sondern sie benutzigt auch die

Reisenden durch ihre Bewegungen. Hierin soll nun Wandel geschaffen werden. Man hat eine Thür mit Beschloßkonstruktion, die nach beiden Seiten sich öffnen läßt. Mag das Einsteigen oder Aussteigen von dieser oder jener Seite erfolgen, immer wird man die Thür nach der anderen Seite öffnen können. Diese Neuerung soll nach und nach durchgeführt werden.

**Schülerstatistik.** Im vergangenen Jahre wurde vom Rate eine Erhebung über den Stand der Eltern sämtlicher Schüler und Schülerinnen in den städtischen Schulen angeordnet, die sodann auch auf andere hiesige Schulen ausgedehnt wurde. Im ganzen hat sich die Erhebung auf 73720 Kinder erstreckt. Von den Kindern besuchten 5666 höhere Schulanstalten, 21077 Bürgerkinder, 43521 Bezirksschulen, 1558 katholische Schulen und 1898 Privat Schulen.

**Die Oster-Vorlese für Musterlager und Musterkollektionen** findet vom 3. bis 15. März d. J. statt.

**Die Geschworenenliste** für die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode ist fertig gestellt und besteht nach der Auslosung aus folgenden dreißig Herren: Mühlentwischer Ludwig Lehmann-Großdenben; Müllergutspächter Emil Harz-Coverth; Fabrikbesitzer Franz Fleming-Weiß; Stadtmagistratsbesitzer Karl Wilhelm Klesker-Dschay; Kaufmann Paul Fährlegott Reil-Leipzig; Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Max Voigt-Dürreweilchen; Maurermeister Johann Friedrich Dietrich-Liebertwolkwitz; Oberlieutenant z. D. Moriz Theodor Geißler-Gohlis; Kaufmann und Stadtrat Otto Heinrich Weißner-Leipzig; Kaufmann Gustav Albert Luterath-Leipzig; Müllergutbesitzer Adolf Vate-Köth; Buchhändler Karl Wilhelm Hiersemann-Leipzig; Kaufmann und Fabrikbesitzer Albert Ferdinand Klisch-Leipzig; Gutsbesitzer Emil Richter-Lohja; Kaufmann Wilhelm Louis Augustin-Leipzig; Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Robert Straube-Schwandertweib; Rentier Karl Friedr. Reimann-Leipzig; Müllergutbesitzer Ernst Dertel-Großhermsdorf; Dr. phil. Professor und Oberlehrer Valdamus-Gohlis; Müllergutspächter Moriz Rahn-Boigtshain; Goldarbeiter Ernst Arthur Kaupig-Leipzig; Fabrikant Karl August Wilhelm Schulte-Felsche-Gohlis; Brauereibesitzer Friedrich Sped von Sternburg-Völschena; Müllergutbesitzer Adolf Dertel-Großpöffen; Kalkwerksbesitzer Hugo Steck-Vorna; Müllergutbesitzer Peter Plagmann-Hentersdorf; Gutsbesitzer August Berling-Liebertwolkwitz; Schleibruchbesitzer Bruno Preißler-Kleinleuberg; Architekt Max Daniel Johann Vogel-Leipzig und Dendereibesitzer Karl Leberecht Hugo Wolf-Leipzig. Die Verhandlungen des Schwurgerichts wird der Landgerichtsdirektor Dr. Ruhn leiten.

„Wem's zu wohl ist, der geht nach Gohlis.“ Unter dieser Spitzmarke schreibt die Deutsche Goldschmiedzeitung: Wenn diese bekannte Leipziger Nebenart recht hat, so müßte es einer ganzen Anzahl Leipziger Juweliere resp. deren Angehörigen sehr wohl gewesen sein; denn nicht weniger als 11 von ihnen fanden sich am Freitag abend 7 Uhr in einem Hause der Lange Straße in Gohlis ein. Und das kam so. Zu jedem von den 11 in Betracht kommenden Juwelieren war im Laufe des Tages eine junge Dame gekommen, die von ihr auf Wunsch vorgelegten schweren goldenen Herrnenketten eine auswählte und erkaufte, dieselbe abends 7 Uhr in die von ihr bezeichnete Wohnung zu bringen. Selbstverständlich hatte jeder von ihnen diesem Wunsch entsprochen und so geschah es, daß um die angegebene Zeit an dem bestimmten Orte 11 Abgefandte der betreffenden Geschäfte standen und leider bemerkten mußten, daß das bezeichnete Haus kein Wohnhaus, sondern ein Fabrikgebäude sei und daß demnach die ganze Sache auf Mystifikation beruhte. Was man davon denken soll, weiß man noch nicht. Ist es ein verführter Falschgingerschütz? oder ist es die Handlung einer Geistesgestörten? oder ist es etwa eine Person, die solche Besuche zum Vorwande für Ladendiebstähle gebraucht?

**Im Verne tödlich verunglückt** ist gestern nachmittag auf dem Lebergabebahnhof der am 21. November 1863 in Tullsch bei Brünn geborene, in L.-Neustadt, Marktstraße 42, wohnende Brenner Maximilian Martin Körnig. Der Unglückliche stürzte während der Fahrt vom Zuge ab, wurde überfahren und sofort getötet. Der Leichnam des Verunglückten, der eine Witwe und zwei Kinder hinterläßt, wurde nach der Leichenhalle des Schönefelder Friedhofs gebracht.

**Durch Erhängen entleerte** sich gestern abend in seiner in der Zahnstraße zu L.-Plagwitz gelegenen Wohnung ein 34 Jahre alter, in Leipzig geborener Ruscher. Ueber den Beweggrund zu dem Selbstmord konnte nichts Näheres erfahren werden.

**Gewarnt** wird vor einem offenbar auf Betrug ausgehenden Menschen, der sich Levy aus Frankfurt nennt, sich in höchst aufdringlicher Weise Eingang in Familienwohnungen zu verschaffen sucht und die Anwesenden unter Vorlegung einer Liste um Unterstützungen anseht. Der Unbekannte ist etwa 60 Jahre alt, von kleiner, untersehler Gestalt, hat meliertes Haar, ebensolchen Schurrbart und trägt einen braunen Sommerüberzieher, sowie einen schwarzen, steifen Filzhut.

**Keine Polizeinachrichten.** Vergangene Nacht wurde ein schon vielfach vorbestrafter 27 Jahre alter Arbeiter aus Großsch dabei abgefaßt, als er eben in eine Wokshube auf dem Markte eingebungen war und bereits eine Anzahl Raster- und Taschenmesser zum Mitnehmen eingesteckt hatte. Der Dieb wurde in Haft genommen. Es wird vermutet, daß er bereits eine ganze Anzahl ähnlicher Einbruchdiebstähle in letzter Zeit hier verübt hat.

Ein 24 Jahre alter Bogelhändler aus Reuditz unterschlug die von seinen Verkäuferinnen gestellten Kautionen in Höhe von 75 und 150 Mk. und wurde deshalb in Haft genommen.

Zur Besize eines verhafteten Bettlers ist ein weisshemmes, M. L. gezeichnetes Frauenhemd und ein F. 8. gezeichnetes Knabenhemd vorgefunden worden. Diese Hemden will der Festgenommene aus einer Wohnung der Ostvorstadt gestohlen haben. Der Eigentümer kann sich beim Polizeianwalt melden.

Abhanden gekommen ist am 12. d. M. aus der Haydnstraße ein brauner Schäferhund mit schwarzem Rücken und weißer Brust. Das Tier hat einen Wert von 100 Mk. und war mit dem Steuerzeichen Nr. 1781 versehen.

In der Nürnbergstraße wurde gestern nachmittag ein taubstummer Schneider aus Reuditz beim Ueberstreifen einer Straßenkreuzung von einem Felsbergesährer untergeritten und über beide Knie gefahren, wobei der Bedauernswerte mehrere Hautverletzungen erlitt, die ihm in der Universitätsklinik verbunden worden sind. Dem Geschürftführer ist keine Schuld zuzuschreiben.

**Sitzung.** Die Gemeindevähler der dritten Klasse sind nächsten Sonntag den 19. Januar, nachmittags von 1—4 Uhr berufen, die Ergänzungswahl für den insolge Protestes aus dem Gemeindevater ausgeschiedenen Herrn Kügel vorzunehmen. Vom sozialdemokratischen Wahlkomitee ist der Buchbinder Robert Reinhardt als Kandidat aufgestellt worden. Arbeiter, be-



teiligt Euch vollzählig an der Wahl und gebt unserem Kandidaten Eure Stimme.

Aus der Partei.

Gegen den Brotwucher. Genosse Bebel sprach am 14. Januar in Braunschweig vor einer Versammlung, deren Besucherzahl selbst von bürgerlicher Seite auf 5000 eingeschätzt wurde, über das Thema „Der Zolltarifentwurf und die Arbeiterklasse“.

Genosse Borgmann-Berlin erklärt uns mit Beziehung auf die Notiz, daß ihm eine Sonderorganisation des 6. Berliner Wahlkreises als ihren Leiter bestellt habe, daß diese Nachricht durchaus unbegründet sei.

Von Nah und Fern.

Die Katastrophe in Brüx. Die Füllortsohle des Jupiter-Schachtes ist wasserfrei und gasfrei, so daß der Schacht vom Betriebsleiter und zwei Mann besahren werden konnte.

Zimmerlin scheint das Schicksal der Verschütteten hoffnungslos. Man hat von den Vermissten bisher keine Spur. Nach den bisherigen Erhebungen erregnete sich das Unglück in einer sogenannten Abbaukammer.

Als das Alarmsignal gegeben wurde, daß die Gefahr nahe ist, leuchtete die elektrische Signallampe auf „ober Tag“ im Bureau des Ingenieurs Binder auf.

Die Katastrophe ist ungemein rasch gekommen. Als das Alarmsignal gegeben wurde, daß die Gefahr nahe ist, leuchtete die elektrische Signallampe auf „ober Tag“ im Bureau des Ingenieurs Binder auf.

Ganz unvorhergesehen ist die Katastrophe nicht eingetreten. Schon seit einiger Zeit hatten sich über Tag in den Binzen nahe dem Schachte größere Wassermengen angesammelt.

Sturm und Erdbeben. Wien, 16. Januar. Durch den gestrigen Sturm sind zahlreiche weitere Unfälle verursacht worden.

mehrere Gassen wegen der herabfallenden Biegel für den Verkehr gesperrt werden. Der angerichtete Schaden ist ziemlich groß. Dedenburg, 16. Januar. In der letzten Nacht wurde ein Erdbeben verspürt, welches einige Sekunden andauerte.

Briefkasten der Redaktion.

S. B. 67. Silvester war von 314-335 Papst. Er starb am 31. Dezember 335 und wird als Heiliger verehrt.

Patent. Wenden Sie sich an den Ingenieur und Patentanwalt Breslauer, Johannistgasse 3, der Ihnen mit Rat und That zur Seite stehen wird.

Zuskunft in Rechtsfragen.

N. 5. 1. Die Verjährung dauert drei Monate von dem Tage an, an dem die Verleumdung dem Verleibigten zur Kenntnis gekommen ist.

D. B. 90. 1. Uns unbekannt. 2. Auch die Frau ist verpflichtet, für den Unterhalt mit zu sorgen; ein tatsächlicher Zwang läßt sich aber kaum ausüben.

100. 1. Die Hundsteuer ist durch Landesgesetz vorgeschrieben, wonach mindestens 3 Mark pro Jahr zu erheben sind.

D. M., Markranstädt. Diese Ausgaben hat die Zwangsverwaltung aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten.

N. 105. Wenn die Leistung des Offenbarungseides durch Haft erzwungen werden soll, hat der Gläubiger die Kosten des Unterhaltes des Schuldners im Gefängnis mit etwa 60 Mark pro Monat und zwar monatlich im voraus zu bezahlen.

Berlinungskalender.

Freitag: Norddeutscher Vortragsverein, Mühlentisch, 7 Uhr. Sonnabend: Städt. Volksbühne, 7 Uhr.

Theaterveranstaltungen.

Freitag den 17. Januar: 16. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, braun): Das Rheingold.

Vorabend der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.

Table listing theater performances including roles like Wotan, Donner, Froh, Loge, Alberich, Mime, Fasolt, Fasner, Freia, Freia, Erda, Woglinde, Wellgunde, Nibelungen, etc., and actors like Hr. Schütz, Hr. E. Groß, Hr. Tegen, Hr. Wirtel, Hr. Schelper, Hr. Marlon, Hr. Uziel, Hr. Friede, Hr. Eibenschütz, Hr. Weidt, Hr. Sengern, Hr. Nutsch, Hr. Kießling, Hr. Köhler.

Einlass 7/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10/10 Uhr. Opern-Vorstellung. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr.

Altes Theater.

Freitag den 17. Januar. Zum erstenmal: Alt-Heidelberg. Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

Table listing cast members for 'Alt-Heidelberg' including Karl Heinrich, Staatsminister von Haugl, Excellenz, Hofmarschall Freiherr von Bassarge, Excellenz, Kammerherr Baron von Wehling, Kammerherr Baron von Breitenbach, Dr. phil. Jüttner, Luz, Kammerdiener, Hr. Keißel, Hr. Vorderdt., Hr. Körner, Hr. Greiner, Hr. Krause, Hr. Ernst Müller, Hr. Grefe.

Table listing names and titles of various individuals, including Dr. Zaeger, Dr. Walter, Dr. Feinich, Dr. Schuffenhauer, Dr. Wäg., Dr. Otto, Dr. Probst, Fr. Guth, Fr. Graichen, Fr. Guth, Fr. Laue, Fr. Schröder, Fr. Weidhorn, Fr. Richter, Fr. Schmiebele.

Der 1. und 4. Akt spielt im Schloß zu Karlsburg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg. Zwischen dem 2. und 3. Akte liegt ein Zeitraum von einigen Monaten, zwischen dem 3. und 4. Akte ungefähr 2 Jahre.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Sonnabend: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Rübchen mit Rindfleisch.

Bur Beachtung.

Folgende Säle stehen den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung:

Large table listing various venues for workers' meetings, including locations like Friedrichsplatz, Markt, etc., and names of the venues.

Berein Gewerkschaftsartell für Leipzig und Umgegend. Vorsitzender: August Kürtz, 2. Vize: August Kürtz, Straße 2a, III.

An die Arbeiterschaft Leipzigs!

Die organisierten Barbier- und Friseurgehilfen führten zu Anfang des J. die Kontrollkarte für Leipzig und Umgegend ein, als ein Mittel zur Wahrung ihres Koalitionsrechts.

Der Einführung eines solchen Kontrollmittels bedurfte es auch, wenn die Arbeiterschaft unsere Bestrebungen nach Kräften fördern wollte.

Wir ersuchen Euch daher, Arbeiter, unterlasse es niemand, beim Besuch der Geschäfte sich die von uns eingeführte grüne Kontrollkarte vorzeigen zu lassen.

Der Verband deutscher Barbiers, Friseure u. Perückenmacher. Zweigverein Leipzig.

Ernst Müller, Mastochsenfleischerei und Würstfabrik

früher Grimmaischer Steinweg 17 jetzt Johannisplatz 22/23 empfiehlt Mastochsenfleisch, nur erste Qualität, sowie Braten aller Art in altbackenem Zustande.

Konkursmasse-Ausverkauf.

Das große Lager der in Konkurs befindlichen Firma: Weigler & Lerch, Leipzig, Promenadenstraße 18, bestehend aus Schürzen (Wirtschafst-, Träger-, Hänger- u. Tändelschürzen), Treibwische, Barckenstücken u. Belmleider für Frauen.

13 Markthalle 13

Table listing food items and prices: Gutes Rindfleisch 50-65, Gutes Kalbfleisch 55-60, Fettes Fleisch zum Ausbraten 70, Würstfett 35, Gute frische Wurst 70.

Käufe und Verkäufe.

Schöne Tisch-Ottomane 42 M., Neustadt, Mariannenstr. 38, II. Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfeder-matratzen (beste Arbeit) 25 M.

Vermischte Anzeigen.

Werbte Oberh.-Näher. u. Knopflochmacherinnen f. Stempel & Co., Giermats Garten 8. Trikotagen-Zuschnelderinnen suchen Stempel u. Co., Giermats Garten 8.

Damen-Masken zu verkaufen

Connwitz, Meusdorfer Str. 32, III. r.

Wohnungsanzeigen.

Zwei schöne Logis, 300-300 Mt., zu vermieten. Kleinsohn, Baumannstr. 8, pt. 5. Hausmann.

Familienanzeigen.

Wir grat. unfr. I. Bruder Franz Hoffmann u. f. d. Geburtstag. Walter und Anna. Wir grat. unfr. Sanftliebhaber D. Käppl zu seinem 80. Wegebefest.

Karl Bormann

im Alter von 47 Jahren 4 Monaten. Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Die trauernde Witwe n. Klodera.



Reichstag.

110. Sitzung. Donnerstag, 16. Januar 1902, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Freiherr v. Tzieltmann, v. Gölfer. Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation Graf v. Oriola (nat.-lib.) und Gen. betr. die Revision der Militärpensionsgesetze.

Reichssekretär Herr v. Tzieltmann erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Wir stellen uns für verpflichtet, den Weg der Interpellation zu beschreiten, da uns eine Vorlage über diesen Gegenstand leider noch nicht zugegangen ist.

Die Frage der Zivilversorgung muß unbedingt befriedigend geregelt werden. Ueber die heutigen Zustände herrscht in allen Kreisen große Unzufriedenheit. Diese Zustände sind unhaltbar, und wiederholt hat der Reichstag eine Reform gefordert.

Reichssekretär Herr v. Tzieltmann: Die Interpellation kann ich dahin beantworten, daß die Pensionsgesetze noch nicht fertiggestellt sind. Sie unterliegen noch der Beratung der verschiedenen Ressorts.

Generalmajor v. Zippelskirch: Soweit der Abg. Graf Oriola harten und Ungleichheiten der bestehenden Militärpensionsgesetze festgestellt hat, kann ich ihm nur zustimmen, ebenso das Kriegsministerium.

Abg. Eichhoff (freis. Vp.): Auch wir sind überzeugt von der Notwendigkeit der Revision der Militärpensionsgesetze. Daß uns die schlechte Finanzlage vorgehalten werden würde, konnte sich der Interpellant schon vorher sagen.

Abg. Dr. Dertel (konf.): Ich würde nicht, wie wir in dieser Sache anders Thaten hätten leisten können, als durch Reden. (Heiterkeit. Sehr richtig! rechts.) Herr Eichhoff meinte, wir sollten den Posttarif ablehnen.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben von jeder die Verpflichtung anerkannt, für die Invaliden und Militärpensionäre ausgiebiger zu sorgen. Trotz unserer grundsätzlichen Gegnerlichkeit zum Militarismus sind wir bereit, für die Opfer des Militarismus zu sorgen.

Reichssekretär Herr v. Tzieltmann: Ich bin in der seltenen Lage, mit Herrn Singer übereinzustimmen. Er sprach von der starkköpfigen Finanzverwaltung; ich halte das für ein großes Lob.

Abg. Reumann (freis. Vp.): Es wundert mich, daß das Kriegsministerium und die übrigen beteiligten Verwaltungen in den zwei bis drei Jahren die Arbeit noch nicht weiter gefördert haben.

Reichssekretär Herr v. Tzieltmann: Ich bin in der seltenen Lage, mit Herrn Singer übereinzustimmen. Er sprach von der starkköpfigen Finanzverwaltung; ich halte das für ein großes Lob.

diesen Gesetzentwurf nicht drei Jahre im Kriegsministerium schlafen. Ist denn überhaupt so viel Geld nötig? 24 Millionen können doch bei einem Milliardenetat keine Rolle spielen.

Abg. v. Blöden (wildkonf.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Müller-Sagan über die Kriegervereine und plädiert für eine längere Dienstzeit der Kavallerie.

Abg. Gadenhö (Centr.) wünscht eine baldige Reform der Militärpensionsgesetzgebung und ebenso der Abg. Werner (Ant.).

Abg. Dr. Dertel (konf.): Gegenüber der Versicherung des Herrn Staatssekretärs, die vom Reichstag geforderten Erhebungen seien bereits im Gange, will ich nur konstatieren, daß in einem Bundesstaat davon nichts bekannt ist.

Staatssekretär Herr v. Tzieltmann bemerkt gegenüber dem Vorredner, daß das Bundesratsmitglied an die Bundesregierungen bereits vom 18. April balltet.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) stellt als Facit der Besprechung, daß die Regierung die Notwendigkeit der Reform anerkenne.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Interpellation Albrecht und Gen., betr. Arbeitslosigkeit. Vorber: Rechnungshafen und Regulierung der deutsch-dänischen Grenze.)

Fünfte Sitzung der Zolltariffkommission.

Berlin, 16. Januar 1902.

Eine Reihe kleinerer Fragen kam heute in der Sitzung zur Beratung, die mit eingehender sachlicher Sorgfalt von der Opposition behandelt wurden. An den meist rein technischen Ausführungen beteiligten sich lebhaft einige Bundesratsvertreter, dagegen bestiegten sich die sozialdemokratischen Parteien großer Zurückhaltung.

Zuerst erhält Abg. Dr. Heim zu einer Erklärung das Wort. Rechner wünscht das verteilte statistische Material über die von den Gemeinden erhobenen Abgaben an Lebensmittel und Getränke insofern ergänzt, als ähnliche Nachweise von den kleineren Gemeinden eingefordert werden.

Schatzsekretär v. Tzieltmann: Es wäre gut, wenn diese Nachweise nur für einige Hauptkonsumartikel gewünscht würden. Ich erwarte eine Erklärung.

Heim will diese Erklärung in einer späteren Sitzung geben. Dann beginnt die Beratung mit dem Antrag § 14, der lautet: „In jedem Steuerbezirk ist eine Behörde zu errichten, die auf Verlangen über die Zolltariffische Auskunft zu geben hat, zu welchen bestimmte Waren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiet zugelassen werden.“

Stadthagen: Der Herr Schatzsekretär hat recht, daß Zolltarifia nicht mehr in der Weise wie früher vorkommen. Aber die Verhandlung zu verjollen Gegenstände muß noch besser geregelt werden. Die Zolltariffstellen genügen unserer Ansicht nach nicht. Nehmen Sie unseren Antrag an, dem materiell die Regierung nicht entgegentritt.

Schatzsekretär v. Tzieltmann: Es wird erinnerlich sein, daß bei den Etatsdebatten früher Zolltarifia einen breiten Raum einnahmen. Die gestern gelaßt, seit 1898/99 nicht. Ich sehe nicht ein, warum die Zolltariffstellen nicht genügen sollen.

Heim: In Bayern haben wir die Steuerdirektionen. In Preußen so viel Bedürfnis besteht nach den gewöhnlichen Institutionen, weiß ich nicht.

Gothein: Es kommt nicht bloß darauf an, daß Zolltarifia nicht mehr in den Plenarverhandlungen des Reichstags vorkommen, sondern wie die Interessenten im Zollverkehr behandelt werden. Beschwerden giebt es noch, wenn sie auch nicht an den Reichstag gelangen.

Der Vorsitzende erklärt, nach dem Antrage müßte auch § 3. in Lippe u. eine derartige Behörde errichtet werden. Gerold: Zolltarifia werden immer vorkommen, auch wenn die verlangte Einrichtung geschaffen wird. Der Antrag hat keine praktische Folge, darum lehne ich ihn ab.

Stadthagen: In Lippe und anderen kleinen Staaten wird eine solche Behörde nicht errichtet zu werden brauchen, weil diese größeren Steuerbezirken angegliedert sind. Es kommt mir darauf an, eine feste Stelle zur Erledigung dieser notwendigen Geschäfte zu schaffen.

Prömel: Was der Antrag Stadthagen will, Auskunftsabteilung über Zolltariffische, das bestimmt eigentlich schon die Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1898 für die Zollbehörden, die die nötige Auskunft geben müssen. Am 14. März 1898 hat der Reichstag in einer Resolution vom Bundesrat Auskunftsstellen verlangt und erst 5 Jahre später kam der Bundesrat dem Beschluß nach.

Stadthagen: Die Ausbrüche im Zolltarif zeigen mitunter von einer übertriebenen Deutschtümelei. Es ist besser, die neuere Gewichtsbezeichnung einzuführen. In Hameln kam eine wunderbare Geschichte vor. Ein Führer des Bundes der Landwirte behauptete dort, der verlangte Zoll werde auf 1000 Kilogramm verlangt; wenn er auf den Doppelcentner verlangt werde, würde auch er, jener Führer, dagegen stimmen. Er mußte sich erst Auskunft holen, ob wirklich auf 100 Kilogramm der Zoll des neuen Tarifs verlangt werde. Ferner wollen wir dem § 2 den Absatz 3 anfügen: „Hinsichtlich des Strups bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.“

Wir haben den Antrag gestellt, damit keine Verteuerung des Strups eintritt. Bezüglich der Umschleungen der Waren (Tara) wollen wir nicht dem Bundesrat die alleinige Entscheidung überlassen, der durch die Berechnung der Tara-Abzüge tatsächlich den Zoll erhöhen kann. Deshalb stellen wir den Antrag, dem § 2 Absatz 3 anzufügen: „Die getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstag sofort, oder wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammenritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Schatzsekretär v. Tzieltmann: Handelsverordnungen wechseln, sie bleiben nicht ewig. Es ist eine peinliche und mühsame Arbeit, die Abschätzung der Umschleungen, die einem Parlament mehr Schwierigkeiten machen würden. Nehmen Sie den Antrag einfach ab. Bundeskommissar Werner und Unterstaatssekretär v. Fischer berufen sich auf den bisherigen Zustand und ersuchen ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Gothein: Da wir unsere Gesetze für das Reich und nicht bloß für den Bund der Landwirte machen, bitte ich, es bei dem

Wort Doppelcentner zu belassen. Wenn man nun aber nur Posttarif alles verdeutschen will, warum nicht das Wort „Tara“ durch das Wort „Umschleung“? Den Antrag Stadthagen unterstütze ich. Unterstaatssekretär v. Fischer: Das Wort „Umschleung“ kann nicht an Stelle „Tara“ gesetzt werden, weil das mit dem Vereinszollgesetz kollidierte.

Prömel will ebenfalls 100 Kilogramm statt Doppelcentner setzen. Die alte Bezeichnung steht mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Unterricht in der Schule im Widerspruch. Wenigstens in diesem Gesetz sollte die verlangte Bezeichnung eingeführt werden. Früher hatte der Bundesrat das Recht der Berechnung des Reingewichts nicht, der Tara-Abzug war im Gesetz festgelegt. Der Rechtsweg in Streitigen Fällen ist ausgeschloffen, darum ist der Antrag Bebel und Genossen anzunehmen.

Stadthagen: Gesetzlich ist es unverständlich, das Gesetz ohne die Bezeichnung „100 Kilogramm“ zu lassen, sie wird Mißverständnisse befehlen. Und der beantragte Abs. 5 ist noch nötiger. In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge mit 21 gegen 4 resp. 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt; § 2 der Vorlage erklärt der Vorsitzende als angenommen.

Zu § 3 beantragen Geyer u. Genossen: „Die Worte „Waren, deren vollständige Untersuchung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist“ zu ersetzen durch: „Waren, die unter die Tarifposition 20 und 22a, b, f, g 1, g 2 und die Untersuchung zu f und g fallen, sowie die unbedruckten und bedruckten Tuch- und Zeugwaren der Tarifpositionen 41, 45 und 6 und harter Kammgarn aus Glaswolke über 20 Zentimeter Länge (Tarifposition 41, 2 des Zolltarifs vom 15. Juli 1879).“

Anmerkung. Nach Durchberatung des Zolltarifentwurfs sind die entsprechenden Nummern des neuen Zolltarifs an Stelle der oben den Tarif vom 15. Juli 1879 entnommenen zu setzen. Gothein beantragt, den Eingang des § 3 wie folgt zu fassen: „Der Bundesrat ist ermächtigt, vorzuschreiben, daß die Abfertigung der unter die Tarifpositionen 437 bis 448, 472 bis 483 und 487 bis 489 fallenden Waaren nur bei bestimmten Zollstellen stattfinden darf, sofern ...“

Unterstaatssekretär v. Fischer polemisiert gegen die Anträge, erklärt aber, der Bundesrat lehne sich nicht puru dagegen, nur könne erst in zweiter Lesung zur Aenderung geschrifteten werden, wenn die bezeichneten Tarifpositionen besprochen sind. Gothein und Stadthagen empfehlen, den § 3 jetzt von der Beratung auszulassen.

Gamp ist dagegen, Rollenbuhr dafür. Der Vorschlag Gothein-Stadthagen, die Beratung des § 3 auszusetzen, wird abgelehnt. In der Weiterberatung tritt Gothein für seinen Antrag gegenüber dem Unterstaatssekretär ein, welcher letzterer seine vorher gemachten Ausführungen wiederholt und ergänzt.

Stadthagen, Prömel und Fischer vertreten die vorliegenden Anträge und wollen damit das Prinzip festsetzen wissen. Paasche will die Regierungsvorlage in der Voraussetzung angenommen wissen, daß in zweiter Lesung die Sache weiter verfolgt werde.

Gothein zieht seinen Antrag zurück, der sozialdemokratische wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt, der § 3 der Regierungsvorlage mit 20 gegen 8 Stimmen angenommen. Gothein beantragt zu § 4:

„1. in Absatz 1 die Nummer a wie folgt zu fassen: a) die mit der Post eingehenden Warensendungen von 350 Gramm Rohgewicht oder weniger; 2. den letzten Absatz wie folgt zu fassen: Der Bundesrat ist befugt, in allen vorgeordneten Beziehungen im Falle des Mißbrauchs örtliche Beschränkungen anzuordnen; 3. für den Fall der Ablehnung dieser Fassung dem Paragraphen einen neuen Absatz anzufügen: Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammenritte mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Der Antragsteller begründet den Antrag, Absatz a; Unterstaatssekretär v. Fischer spricht dagegen und ersucht, den Antrag abzulehnen; es könnten bei der Erhöhung des Gewichts von 250 auf 350 Gramm Zollbefrauen vorkommen und es insfolgedessen zur Zollkontrolle an der Post kommen.

Gothein: Für Warenproben sendungen, wie Kaffee und Tabak, wäre die Erweiterung bringend erwünscht. Paasche: Vielleicht können die von Gothein benannten Waren bei der 2. Beratung berücksichtigt werden. Die Nachteile, die der Herr Unterstaatssekretär befürchtet, werden kaum eintreten. Es kommt zur Beratung des Antrages Geyer und Genossen, in § 4 an Stelle des Absatzes 8 zu setzen:

„Der Bundesrat ist befugt, in allen vorgeordneten Beziehungen im Falle des Mißbrauchs örtliche Beschränkungen anzuordnen. Die angeordneten Beschränkungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammenritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Wollenbuhr begründet den Antrag; Unterstaatssekretär v. Fischer bekämpft ihn. Gamp ist nur gegen die Worte „im Falle des Mißbrauchs“, da der Unterstaatssekretär keine Bedenken gegen den Antrag äußert.

v. Fischer erklärt demgegenüber, daß er wohl Bedenken gegen den Antrag Geyer und Genossen habe. Schatzsekretär v. Tzieltmann hat keine Bedenken gegen den Antrag Gothein zu § 4 Ziffer 2.

Antrag Geyer und Genossen wird zurückgezogen zu Gunsten des Antrages Gothein. Nach einem Antrag Paasche soll der letzte Absatz im Gesetz folgende Fassung erhalten: „Der Bundesrat ist befugt, in allen vorgeordneten Beziehungen (Allgemein oder) für einzelne Warengruppen oder (auch) für einzelne Grenzstrichen Beschränkungen im Falle des Mißbrauchs anzuordnen.“ Die eingeklammerten Worte wurden gestrichen, die Worte: „im Falle des Mißbrauchs“ eingeschaltet.

Mit dieser Aenderung wird der Schlußabsatz und mit diesem § 4 angenommen. Nächste Sitzung Freitag vormittag 10 Uhr.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 16. Januar.

26. Sitzung der 2. Kammer. Beginn mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

H. Zacharias in Pirna und Genossen bitten um Errichtung einer Thalperre im oberen Gottliebthal. Abg. Müller-Beipzig (nat.-lib.) erklärt, die Deputation wüßte wohl den Bewohnern des Gottliebthals von Herzen eine Thalperre. Der Staat könne aber kein Geld dazu hergeben. Die Thalbewohner sollten eine Zwangsgenossenschaft zum Bau der Thalperre gründen. Wäre diese nicht im Stande, die Bauunter aufzubringen, so könne unter Umständen der Staat einen Zuschuß leisten. Er bitte, die Witschrift auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Gräfe-Annaberg (wild-lib.) weist darauf hin, daß noch andere Petitionen ähnlichen Inhalts eingegangen sind. Es handle sich hier um den Schutz nationaler Arbeit, wie bei der Zolltariffgesetzgebung. Der Staat müßte eigentlich den Bau von Thalperren zu fördern suchen.

Abg. Gräfe-Pirna (konf.) stimmt dem Vorredner zu. Die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Thalperren sei in dem Deputationsbericht von 1897/98 anerkannt worden und er schloße sich dem Urteil des Berichtes an, der an einer Stelle sage, daß man in Deutschland stets erst durch Schaden klug werde.



Abg. May-Polenz (Fortschr.) teilt mit, er sei seit 10—12 Jahren stets Gegner dieser gefährlichen Bauwerke gewesen. Zweimal in seinem Leben habe er die furchtbaren Gefahren der Thalsperren kennen gelernt: bei der Katastrophe in Karlsbad und im Rheinland. Unerhörte Verwüstungen seien entstanden durch den Thalsperrenbruch in Virginia (Amerika) voriges Jahr. Hunderte von Häusern und Tausende Menschen gingen damals in einer Stunde zu Grunde. Man möge lieber im oberen Thal mehrere kleine Wasserstauungen bauen. Ein Durchbruch der Thalsperre im Gottliebthal würde selbst Wina gefährden.

Abg. Wittig-Rabenau (Konf.) kann die Befürchtungen des Vorredners nicht teilen. Den deutschen Baubeamten könne man soviel Vertrauen schenken, daß sie uns solche Bauwerke errichteten. Man dürfe im Bau von Thalsperren nicht hinter Preußen und Oesterreich zurückbleiben.

Abg. Keller-Schönberg (nat.-lib.) erinnert daran, daß die Kammer in der vorigen Tagung den Beschluß faßte, die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, inwieweit eine allgemeine Regulierung der oberen Flüsse angezeigt erscheine. Auf seinen Wunsch sei diese Frage auf das Problem der Thalsperren ausgehend worden. Man habe also noch eine Antwort der Regierung zu erwarten.

Abg. Schneider-Oberreichenbach hebt hervor, daß nach der Flussregulierung Handel und Wandel in jenem Gebiet emporschlagen.

Abg. May erinnert, daß eine Gegenpetition aus Pöschappel vorliegt. Dortige Bürger wollten von dem Bau einer Thalsperre im Weiserthale nichts wissen. Sie regten an, statt dessen eine Hochwasserversicherung nach Art der staatlichen Versicherung zu schaffen.

Staatsminister v. Meiß: Es liegt nicht in meiner Absicht, die Regierung in einer Debatte über Nützlichkeit oder Gefährlichkeit der Thalsperren festzulegen. Die Regierung behält sich ihre Stellungnahme für die weitere Behandlung der Sache vor. Auf die Anfrage des Abg. Keller erwidere ich: Die Regierung wird die Anfrage in einer Denkschrift beantworten. Die Denkschrift ist nicht nur in der Bearbeitung begriffen, sondern so weit gediehen, um sie demnächst in die Kammer bringen zu können. Aus dem Inhalt der Denkschrift bemerke ich nur, daß in ihr ein allgemeiner wirtschaftlicher Plan für die Zukunft bezüglich des Gebarens bei Regulierung der Wasserläufe aufgestellt wird. Die Thalsperrenfrage wird nebenbei auch erwähnt. Im Weiserthale soll nach der Angabe des Abg. May keine Thalsperre vorhanden sein. Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Gemeinde Pöschappel Widerspruch erhoben hat, die Petition geht lediglich von dortigen Grundstücksbesitzern aus. Die Gemeinde hat lediglich als Bedingung des Thalsperrenbaues verlangt, daß die Regierung die Haftpflicht für Katastrophen übernehmen solle. Es kann keine Veranlassung vorliegen, daß die Regierung eine solche Haftpflicht übernimmt.

Abg. Härtwig-Oschab (Konf.) zieht eine Parallele zwischen Eisenbahn- und Thalsperrenbauten: Wir haben mit unseren Eisenbahnbauten in der letzten Zeit sozusagen bankrott gemacht. (Oho! Lärm.) Es sind Eisenbahnbauten von uns beschlossen und noch nicht ausgeführt worden, die große Betriebszuschüsse verlangen werden. Das thut man alles aus Rücksicht auf die Erhebung von Handel und Wandel. Aus gleichen Rücksichten sollte man Thalsperren bauen. Dann würde die neue Vera des Ausblicks folgen. Von den Thalsperren hätte das Land mehr Nutzen als von den Sekundärbahnen. (Lärm.)

Abg. May erklärt, daß die Gegenpetition aus Pöschappel von 40 Hausbesitzern unterzeichnet worden sei.

Abg. Spieß-Wina hebt hervor, daß eine Thalsperre, wenn sie schon 1897 im Gottliebthale bestanden hätte, das Hochwasser 13 Stunden zurückgehalten haben würde. In dieser Zeit hätte sich das Hochwasser aus den Nebenflüssen bereits verlaufen und es wäre überhaupt kein Schaden entstanden.

Abg. Härtwig-Oschab (Konf.) meint, man möge von Fall zu Fall entscheiden, ob ein Staatszuschuß zu gewähren sei, damit sich nicht alle Welt auf die Staatsunterstützung verlasse.

Die Kammer beschließt einstimmig, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Der Haus- und Wirtschaftsbesitzer Langer in Mittelbach bittet um Gewährung einer Unterstützung aus Mitteln der staatlichen Brandversicherungsanstalt, weil er sein durch Hochwasser beschädigtes Haus habe niederreißen und wieder aufbauen müssen.

Die Petition wird wegen mangelhafter Begründung abgewiesen. Morgen 10 Uhr Lit. 45 und 47 des außerordentlichen Stats.

### Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1901.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise bildeten die Signatur des abgelaufenen Jahres! Man mußte nicht pessimistisch angelegt sein, um einen erheblichen Rückgang der Mitgliederzahl in den deutschen Gewerkschaften zu erwarten, vielfach ist dies auch von den besten Freunden der Gewerkschaften mit Bestimmtheit vorhergesagt worden. So traurig das verfloßene Jahr für die Arbeiterklasse gewesen ist, so ist ein Lichtpunkt, daß diese Prophezeiungen bei vielen Gewerkschaften überhaupt nicht, bei anderen nicht in dem erwarteten Maße zugehtroffen sind. Vor allem in den großen und leistungsfähigen Gewerkschaften, so im Metallarbeiterverbande hat man sogar Zunahmen der Mitgliederzahl feststellen können. Ein endgültiges Urteil über die Mitgliederbewegung läßt sich nicht geben, aber behaupten läßt sich schon, daß die Anhänglichkeit an die Gewerkschaften im Jahre 1901 eine schwere Probe überstanden hat. Immer mehr werden die Vorteile der Organisation für die Arbeiter begriffen, immer klarer wird die Wichtigkeit des Antritts unserer Gegner, daß die Gewerkschaften nichts anderes seien, als Vereine zur Veranlassung mehr oder minder frivoler Streiks. In gewisser Hinsicht kann man das Jahr 1901 als eine Periode der Stärkung für unsere Gewerkschaften bezeichnen, in manchen, wie z. B. der größten Organisation, dem Metallarbeiterverbande, haben sich im Laufe des Jahres trotz der starken Inanspruchnahme der Unterstützungsanstaltungen die Massenverhältnisse gebessert. Eine Reihe von Organisationen haben trotz der

Krise ihr Unterhaltungsweisen auszubauen vermocht; so haben z. B. die Sattler und die Bäcker in Urabstimmungen die Arbeitslosenunterstützung angenommen, die Zimmerer haben die Arbeitslosenunterstützung zwar noch nicht beschlossen, aber die Unzugsunterstützung eingeführt. Die Stimmung für den Ausbau des Unterhaltungsweisen hat sich entschieden gebessert, die Gewerkschaftskongresse des nächsten Jahres dürften dies beweisen. Selbst neue Organisationen, wie die der Kürschner, der Blumen-, Blätter- und Federarbeiterinnen, konnten gegründet werden.

Die im Laufe der Prosperitätsperiode errungenen tarifarischen Vereinbarungen wurden zwar mehrfach in Frage gestellt, die meisten überdauerten aber das schwere Krisenjahr. Nicht unterschätzt soll dabei werden das hervorragende Vermögen des Berliner Gewerbegerichts in seiner Eigenschaft als Einigungsamt, das zur Erhaltung und Verlängerung einer ganzen Anzahl von Tarifen verdienstvoll beigetragen hat. Ohne Streik haben die Berliner Schriftsetzer für fünf Jahre einen Tarif abgeschlossen, dessen wesentlichste Bestimmungen der 8½ Stundentag und 28.50 Mk. wöchentlicher Minimallohn waren. Der Buchdrucker-Tarif ist wieder auf fünf Jahre verlängert worden. Bis in die Kreise der Treuesten wurde mit Bedauern die Staffelung der Löhne für eine Gefahr angesehen, da man fürchtete, daß sie den älteren Arbeitern weniger oft höhere Löhne, häufiger aber Entlassung zu Gunsten jüngerer bringen dürfte. Die Tarifabmachungen wurden beendigt mit zwei Kündigungsdessenden an den Reichskanzler und an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern, den Grafen Posadowsky, dessen Vermittlungen um die 12000 Mk. und um die Umsturzvorlage, wie um die Zuchtansvorlage, die übrigen Arbeiter zu anderen Gefühlen als zu Kündigungen veranlassen. Erstaunen hat es auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hervorgerufen, daß die engere Verbindung der Unterstützungsanstalten der Unternehmer und der Buchdruckerorganisation nicht rundweg abgelehnt wurde.

Die Vermittlungen der Gewerkschaften, auf die Gesetzgebung zu wirken, fanden ihren Ausdruck in einer Petition zur Herbeiführung eines gesetzlichen Schutzes der Arbeiter in der Hausindustrie und durch Denkschriften der Steinarbeiter über ihre Berufsgefahren, der Seeleute über die Abänderung der Seemannsordnung und der Schneider für einen wirksamen Schutz der Konfektionsarbeiter.

Während sich immer fester die Gewerkschaften organisieren, ihre Mitgliederzahl immer größer wird, hat die Polizei wiederum versucht, durch Verfolgungen die Berufsvereinigungen zu schwächen. So wurden die Bildungsvereine der Frauen und Mädchen, die Zählstelle des Schneiderverbandes in Kiel aufgelöst, in Dresden leistete man sich ein Verbot des Streikpostenfichens anlässlich der Glasarbeiterausperrung, obgleich kurz vorher das Reichsgericht das Lübeckische Gesetz über das Streikpostenfichen für rechtswidrig erklärte. In Elßaß-Lothringen hatte ein Gericht sogar entschieden, daß der § 152 der Gewerbeordnung für Elßaß-Lothringen keine Geltung habe. Das Wülthausener Landgericht begünstigte sich nicht mit einer Deklaration über das Fehlen der Koalitionsfreiheit im Reichslande, es ging weiter zu erklären, daß in denjenigen Bundesstaaten, in welchen alle Vereine der polizeilichen Genehmigung unterworfen seien, die Koalitionsfreiheit nur insoweit bestünde, als die Verwaltungsbehörden nicht berechtigt seien, die Genehmigung eines lediglich auf Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Vereines von Fabrikarbeitern und von gewerblichen Gehilfen mit Rücksicht auf den Zweck desselben zu verweigern. Für die Rechtsunsicherheit der Gewerkschaften ist es von Bedeutung, daß die Landgerichte in Straßburg und Weis im direkten Gegenfuge zu den Wülthausener Richtern geurteilt haben. Und da verlangt man von den Arbeitern, die weder Studenten der Rechtswissenschaft, noch Referendare und Advokaten waren, und die nicht Recht zu sprechen haben, daß sie die Gesetze richtig anlegen. Noch bedenklicher war das Urteil eines Stuttgarter Gerichts, welches eine solidarische Schadenerschaftspflicht der Arbeiter bei Streiks konstruierte. Sehr auffällig sind auch die Vermittlungen der Polizeibehörden einer Reihe von Bundesstaaten, vor allem Braunschweigs, die Gewerkschaften wieder einmal als Versicherungsvereine hinzustellen und damit eine Genehmigungspflicht der Behörden für dieselben zu konstruieren. Auch die Arbeitersekretariate in Preußen und in Greiz hatten sich der liebevollen Fürsorge der Behörden zu erfreuen, man wollte eine Konzeptionspflicht und Kontrolle derselben, wie eine Genehmigung für die angestellten Personen konstruieren, obgleich bei der Beratung der letzten Novelle der Gewerbeordnung ausdrücklich vom Bundesratsstische betont wurde, daß derartige Absichten nicht beständen. Auch in den Streit der Krankenkassen gegen die Apotheker in Berlin mischten sich die Behörden verschiedentlich zu Ungunsten der Arbeiter ein. Wie man alle Machtmittel gegen die Schöpfung der Arbeiter auszunutzen beliebt, ersieht man aus der Verweigerung und nachher aus der Beschränkung der Schankkonzession für das Breslauer Gewerkschaftshaus.

Es war selbstverständlich, daß die Unternehmer den ungünstigen Geschäftsgang nicht vorübergehen lassen würden, um ihr Mißgehen an den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu fühlen. Besonders in den kleineren Orten hat man die Leiter der Gewerkschaftsorganisationen viel-

sach gemahregelt, so daß unzweifelhaft in den Abrechnungen unserer Organisationen für das abgelaufene Jahr die Kosten für die Gemahregeltemunterstützung außerordentlich stark in die Höhe schnellen dürften. Es kam auch zu ganz systematischen Aussperrungen aller organisierten Arbeiter durch die Unternehmerorganisation. Am meisten Aufsehen machte der heldenmütige, wenn auch vergebliche Kampf der Maschinenarbeiter, der trotz der großartigen Solidaritätsbezeugungen der Arbeiter die Hunderttausende für den Kampffonds sammelten, unglücklich endete. Diesem Kampf war vorausgegangen die Aussperrung der Schuhmacher in den mechanischen Schuhfabriken Berlins, weil die Arbeiter sich den Austritt aus ihrer Organisation nicht zumuten lassen wollten. Auch die Säherenschleifer in Solingen wurden ausgesperrt. Wie frivol die Unternehmer waren, wenn sie einen Anlaß zu der Aussperrung suchten, lehrt uns der Fall der Kochschen Schiffswerft in Lübeck, wo 600 Mann für 3½ Tage ausgesperrt wurden, weil sie einen im Betriebe verunglückten Kollegen zu Grabe geleiteten.

Wird die nächstjährige Statistik über die Streiks und Aussperrungen aller Voraussicht nach eine erhebliche Steigerung der Zahl der Aussperrungen zeigen, so wird andererseits die Zahl der Streiks sich in augenfälliger Weise vermindert haben. Wir nennen aus ihrer Zahl des Beispiels wegen den Streik in der Berliner Damenkonfektion, dann in der Berliner Kostümschneiderei, den Streik in der Raschmenschmiederei von Borzig in Berlin, die Arbeitseinstellung der Schraubendreher in Berlin, die vom Einigungsamt geregelten Differenzen in der Berliner Holzindustrie, den Bauanschlägerstreik in der Reichshauptstadt, die friedlich beigelegte Lohnbewegung der Berliner Tischler, den ohne Arbeitseinstellung errungenen Neunstundentag der Potsdamer Steinseher, die Bewegung der Gasarbeiter in Charlottenburg, den Straßenbahnstreik in Halle, den langwierigen, von einem Boykott abgelösten Streik in den Kautabakfabriken Nordhausens, die langwierige Bewegung der Maurer und Steinseher in Halle a. S., den Laberierstreik in Breslau, den Kampf der Former in Düsseldorf, den Streik auf der Werft Seebeck in Bremerhaven, den Streik der Hamburger Bühnenangestellten. Im allgemeinen beweisen die Arbeiter eine kluge Zurückhaltung, eine Vermeidung der thatsächlichen Verhältnisse, die bei kluger Abwägung aller Umstände dazu führen müssen, die aufgesammelten Mittel der Gewerkschaften für die Zwecke der Abwehr zusammenzubehalten, und den Angriff zu verschieben auf günstigere Zeiten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich dabei nicht gekümmert, ohne Rücksicht auf Unpopularität zu handeln. Wir erinnern nur des Beispiels wegen an die Ablehnung des von Holland ausgehenden Planes, den ganzen englischen Handel zu boykottieren. Vor allem war es die Kritik des Vorschlags in der deutschen Arbeiterpresse und in den Reihen unserer Gewerkschaftler, die den schönen Plan, für welchen sich die Bureaukraten, die nur Worte, aber keinen Pfennig für die Beseitigung ihrer Gefinnung übrig haben, entzweielt hatten, zu Falle brachte.

Eine große Erregung rief in der deutschen Gewerkschaftswelt der Disziplinbruch der Hamburger Accordmurer hervor. Nach der ersten Erregung zeigte sich aber ein weitgehendes Bestreben, für die Versöhnung zu wirken; kam es zu derselben nicht, so liegt, wie heute nicht mehr bestritten werden kann, einzig und allein die Schuld an den Accordmureuren.

Die Organisationen der christlichen Arbeiter kamen mit ihren Protektoren in recht arge Differenzen; während die Patrone dieser Gewerkschaften mit dem größten Eifer für die höheren Getreidezölle eintreten, rebellierten die Centrumsarbeiter in immer größerer Zahl gegen die Protverteuerungspläne.

Auch in den Kreisen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gärt es mehr denn je; um die guten von den bösen Schächern zu trennen, blieb dem Verbandsanwalt und seinen Sandlängern nichts anderes übrig, als die Düsseldorf Gewerkschaften aus dem Verbands auszuschießen.

In der Schweiz hatten einige Urteile der Gerichte, die sich mehr von der Unternehmerfreundlichkeit als von den Rechtsgrundsätzen leiten ließen, eine arge Verbitterung hervorgerufen. Diefelbe kam zum Ausdruck in dem vielbeachteten Demonstrationzüge der Arbeiter nach Bern, und in einer Denkschrift an den Bundesrat über den Massencharakter der Rechtspflege. Trotz der Schwierigkeiten, die der Gewerkschaftsbewegung in einem kleinen Lande beschieden sind, festigt sich die Gewerkschaftsbewegung immer mehr. Ein Beweis hierfür ist die Tätigkeit von 17 berufsmäßig wirkenden Sekretären der schweizerischen Gewerkschaften und Arbeitersekretariate.

Zu den wenigen Ländern, die kein Abflauen der Streikbewegung bemerken ließen, gehört Frankreich. Das Wort „Generalstreik“, das bei uns glücklicherweise keinen Klang hat, ertönte sehr oft über die Vogesen herüber. Vor allem die Vergarbeiter mußten von deutscher Seite gewarnt werden, daß eine wirksame Unterstützung ihres beabsichtigten Generalstreiks von Deutschland nicht in Aussicht gestellt werden kann, Wachen hindurch drohte der allgemeine Vergarbeiterstreik, der aber nicht zum Ausbruch kam, und die Regierung zwang, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit in sichere Aussicht zu stellen. In einzelnen Revieren kam es zu Streikbewegungen ohne erhebliche Erfolge.

**Heute Freitag den 17. Januar**  
beginnt der nur alljährlich einmal stattfindende

# Inventur-Räumungs-Verkauf.

Derselbe bietet aus allen Lägern eine Menge staunend billiger und praktischer Gelegenheitskäufe.

## Warenhaus A. Lobsenzer

**Leipzig-Kleinzschocher, Plagwitzer Strasse 10, vis-à-vis der Post.**







# Soziald. Verein L.-Ost.

Freitag den 24. Januar abends 7/9 Uhr

## ➔ Versammlung ➔

im Thüringer Hof, L.-Volkmarisdorf.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen König über **Fritz Reuters Leben und Werke** und Vorträge aus: Kein Hüßung, Ut mine Stromitib und Säuschen und Nimmels. 2. Vereins- und Parteiangelegenheiten. [472]  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## Fortbildungsverein L.-West, Sitz Kleinzschocher

5 grosse öffentl. Vortrags- u. Recitationsabende von M. Wittich über **Goethe.**

1. Vortrag: Biographie, Sonntag, 19. Januar, abends 8 Uhr in der Erholung.
  2. Vortrag: Lyrische Gedichte, Sonnabend, 25. Januar, abends 7/9 Uhr im Bürgergarten.
  3. Vortrag: Ethische Gedichte, Sonntag, 2. Februar, abends 8 Uhr in der Erholung.
  4. Vortrag: Prosaische Dichtungen, Sonntag, 9. Februar, abends 8 Uhr im Bürgergarten.
  5. Vortrag: Dramen, Sonnabend, 25. Februar, abends 7/9 Uhr in der Erholung.
- Gäste willkommen! — Zahlreiches Erscheinen sowie rege Mitwirkung der Mitglieder erwartet [488] Der Vorstand.

## ➔ Markranstädt. ➔

Sonnabend den 18. Januar

### Zwei grosse Projektions-Vorträge

ausgeführt vom Institut Rodmos, Leipzig  
im Saale der Guten Quelle, Markranstädt.

1. Durch Asiens Wüsten. Dr. Sven Hedin's Forschungsreisen in Pamir, China und Tibet. 80 Lichtbilder. Eigene Original-Aufnahmen und Zeichnungen von Dr. Sven Hedin.
  2. Wanderungen durch das Sachsenland. 100 Lichtbilder, die schönsten Teile des Sachsenlandes darstellen. Original-Aufnahmen des Herrn Lehrer Bieleberg in Chemnitz.
- Anfang punkt 7/9 Uhr. Anfang punkt 7/9 Uhr.  
Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pfg., für Kinder 10 Pfg. [450]  
Die Teilnehmer der minderwertigen Vorstellung vom Sonntag, 12. Januar, Edisons Kinetograph, Vorführung durch Herrn Emil Kaulfuß, Lindenau, betreffend, haben freien Eintritt. Der Vorstand des Vereins Vorwärts.

## Bund der Arbeiter-Vereine.

**Arbeiterverein Leipzig.**  
Vereinslokal: Große Fleischergasse (Stadt Gotha). [462]

Sonnabend, 18. Januar, abends 7/9 Uhr  
Reiseübung und Diskussion.

Sonntag den 19. Januar nachm. 4 Uhr  
**Haupt-Versammlung.**

Tages-Ord.: 1. Bericht des Vorstandes.  
2. Antrag auf Veränderung der Unterichtsbestimmungen. 3. Wahl des 1. Vorsitzenden und 8 Vorstandsmitglieder. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Arb.-Verein Thonberg-Neureudnitz.**

Sonntag den 19. Januar abends 8 Uhr  
**General-Versammlung im Gasthof Neureudnitz.**

Tages-Ord.: 1. Bericht des Vorstandes.  
2. Bericht der Revisorin. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Vereins-Angelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet [443] Der Vorstand.

**Arbeiterverein Möckern**

Sonntag den 19. Januar abends 7/7 Uhr  
**Litterarischer Abend**

im Vereinslokal. [439]  
T.O.: Vortrag des Gen. König über: 1. **Fritz Reuters Leben und Werke.** 2. Vorträge aus: Kein Hüßung, Panne Räte u. de l'üte Bndel. Ut mine Stromitib. Säuschen u. Nimmels.  
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen [439] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein L.-Eutritzsch.**

Sonntag den 19. Januar  
abends 6 Uhr [447]

**Weltnachtsfeier**

in der Sängerkasse, Lindenstr. 20.  
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. Der Vorstand.

**Arb.-Verein Wahren.**

Sonnabend den 18. Januar abends 9 Uhr  
**General-Versammlung im Vereinslokal Wierschdöschchen.**

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes.  
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und Revisoren.  
3. Anträge und Verschiedenes.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

**Arb.-Verein Hänichen und Umgegend.**

Sonntag den 19. Januar nachm. 8 Uhr  
**General-Versammlung im Vereinslokal.**

T.O.: Bericht des Gesamtvorstandes.  
2. Anträge der Mitglieder. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedenes.  
Ein zahlreiches Erscheinen wünscht [445] Der Vorstand.

**Arbeiterverein Döllitz.**

Sonnabend den 18. Januar abends 9 Uhr  
**General-Versammlung.**

Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht. [441] Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend den 25. Januar 1902

## ➔ Grosses Winter-Fest ➔

in sämtlichen Räumen des Albertgartens  
unter Mitwirkung der Leipziger Musiker-Vereinigung sowie von Turnern des Arbeiter-Vereins Leipzig-Thonberg. Nach dem Konzert Eröffnung von Alt-Leipzig, daselbst humor. Vorstellungen.

Programme im Vorverkauf à 15 Pfg., an der Kasse à 25 Pfg. sind im Verbandsbureau, Coburger Hof, Windmühlstr. 9/11, sowie bei Vorfeld, Cigarrenhandl., Markthallenstr. u. bei den Werkstatt-Delegierten zu haben.

# Klempnergehilfen Leipzigs

Sonnabend den 8. Februar 1902

## ➔ Grosses Winter-Vergnügen ➔

im Etablissement Pantheon, Dresdener Straße  
bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen, Verlosung und **BALL.**  
Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Programme im Vorverkauf à 15 Pfg. sind bei Otto Reide, Coburger Hof; im Cigarngeschäft Vorfeld, Markthallenstraße; im Pantheon, Dresdener Straße, sowie bei allen Komiteemitgliedern zu haben. Programme an der Kasse 25 Pfg.  
Arbeitslose Kollegen wollen sich behufs Entgegennahme von Programmen an Otto Reide wenden.

**Volksverein f. Plagwitz-Lindenau**  
Vereinslokal: Restaurant Zwei Linden  
Lindenau, Karl Heine-Str. 70  
(gegenüber dem Straßenbahnhof).  
Sonnabend den 18. Januar  
abends 7/9 Uhr [468]

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes u. d. Revisoren.  
2. Statutenänderung.  
3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.  
4. Anträge der Mitglieder.  
5. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch sieht entgegen. Der Vorstand.

**Volksverein für Schönfeld und Umgegend.**

Sonnabend den 25. Januar  
**General-Versammlung.**

Arbeiter-Verein  
**Großschöder-Windorf.**

Sonnabend den 18. Januar  
**General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Bericht der Obmänner. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.  
Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein Anaußleeberg, Anaußthal, Hartmannsdorf u. Umg.**

Sonntag den 19. Januar  
nachmittags 3 Uhr  
**General-Versammlung im Vereinslokal.**

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Bericht der Obmänner. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Anträge der Mitglieder. 4. Vereins-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. [440]  
Es ist Pflicht jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

## Lichtbilder-Vorträge

für kleinere Vereine  
kosten 20—25 Mark.  
Anfragen erbeten [1087]

**R. Laube**  
Leipzig-Neuditz, Wallwitzstr. 2, 11.

## Sie ahnen nicht

wie kräftig eine Tasse guten **Kakao** ist. — Keine Dualität! Alle Preislagen! [10485]

**Marien-Drogerie G. O. Heinrich**  
L.-Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.

**Cigarren, Cigaretten**  
boykottfreien Kautabak

**Karl Schulze**  
Lolpz.-Brüderstr. 8  
Schönfeld  
Lolpz.-Strasse 54  
Verkauf-Geschäft für alle Tabakfabrikate  
Kautabak von  
Grimm u. Triopel u. Genossenschaftsfabrik.  
— 1 prachtv. Bettstelle, Matrache, Ober-,  
Unterbett u. Kissen, zusammen u. für 28.4,  
sofort zu verkaufen. **Brügel 40/48, Vorderb.**  
Gand- u. Geschäftsv. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

**Portefeuller, Galanterie- und Etnisarbeiter!**

Sonnabend den 18. Januar abends 7/9 Uhr  
**Öffentliche Versammlung**

im Gasthaus Stadt Gotha, Große Fleischergasse.  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Bericht der Einigungs-Kommission zu Frankfurt. 2. Vorlegung der statistischen Fragebogen. 3. Abrechnung vom IV. Quartal und Wahl eines Bevollmächtigten der Einzel-Mitglieder des Portefeuller-Verbandes Leipzigs. 4. Gewerkschaftliches. [422] Der Einberufer.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (Hamburg).**

(Zahlstelle Leipzig I.)  
Sonnabend den 18. Januar abends 8 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

in Stadt Hannover, Seeburgstraße.  
Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal 1901. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. [450] D. V.

**Verein Deutscher Schuhmacher**

(Zahlstelle Leipzig).  
Sonnabend den 25. Januar 1902

## Grosses Winter-Vergnügen

bestehend in **Konzert, humorist. Vorträgen und Ball**  
in den Räumen der Grünen Schänke, L.-Anger, Breite Str.

Das Konzert wird von der Freien Musiker-Vereinigung ausgeführt.  
Programme im Vorverkauf à 20 Pfg. sind zu haben in der Grünen Schänke und im Coburger Hof, Windmühlstrasse.  
Extra-Geschenke werden in der Grünen Schänke entgegengenommen.  
Einlass 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.  
Es ladet ergebenst ein [451] Das Festkomitee.

# Konsumverein L.-Connewitz u. Umg.

(E. G. m. b. H.).

Sonnabend den 18. Januar d. J. abends 7/9 Uhr

## Ausserordentliche General-Versammlung

im großen Saale des Gasthofs zur goldenen Krone  
in Leipzig-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Bericht des Aufsichtsrates über die nach § 63 des Genossenschafts-Gesetzes stattgefunden Revision.  
2. Bericht über das verlossene Geschäftshalbjahr.  
3. Beschlussfassung über § 16, Absatz 2, des Statuts.  
4. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts.  
Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet.  
Der Aufsichtsrat:  
B. Pollter, D. Herrmann.

[150]

# Konsumverein Markranstädt u. Umg.

Sonntag den 19. Januar nachmittags 2 Uhr

## Ausserordentl. General-Versammlung

im Thüringer Hof.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Ergänzung von zwei Verwaltungsmittgliedern. 3. Anträge und Verschiedenes. [481] Der Vorstand.

## Restaurant Körnerschlösschen

Körnerstrasse 36.  
Empfehle ff. Bier, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

# Achtung, Stuckateure.

(Filiale Leipzig.)

Sonnabend den 18. Januar abends punkt 8 Uhr

## General-Versammlung

im Restaurant Gauditz, Seeburgstraße 84.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Quartalsabrechnung. 2. Neuwahl der Gesamt-Verwaltung. 3. Bericht der Generalversammlungs-Vertreter zur Ortskrankenkasse und Aufstellung neuer Kandidaten. 4. Gewerkschaftliches.  
Kollegen! Gerade bei jehiger Konjunktur ist es Pflicht, Mann für Mann die Versammlungen zu besuchen.  
Die Bezirkskassierer wollen sich 7/8 Uhr einfinden und Bücher in Empfang nehmen. [448]

**Turnverein L.-Kleinzschocher.**

Sonnabend den 18. Januar 1902  
**General-Versammlung**

im Turn-Lokal Zur Erholung.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet [448] Der Turnrat.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Zahlstelle Leipzig II.)**

Sonnabend den 18. Januar  
abends 7/9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Saalhotel Columbus, Adnerstraße 30.  
Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht u. d. Quartal 1901. 2. Verschiedenes.  
Sonnabend den 1. Februar: **Grosses Winterfest** im Apollo mit humoristischen Vorträgen und Ball.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet [449] Die Ortsverwaltung.